

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie

Erscheinensweise: wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 Spalten, Coloneltelle für Arbeitsgehalte 76 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Organ des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Ausschließliche Inseraten-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Inneres Widerstreben

Alles Körperliche, alles Materielle besitzt die Eigentümlichkeit, immer wieder zur Erde zurückzusinken, auch, wenn es mit kräftigem Anstoß hinauf gegen Himmel, hinaus ins Weltall geschleudert würde. Nimm einen Stein und wirf ihn mit Macht in die Lüfte, nach einigen Sekunden wird er wieder hart zur Erde niederprallen. Ergreif ein Gewehr, das ein Geschloß am höchsten zu treiben vermag, die Kugel wird doch wieder zur Erde zurückkehren. Wir nennen es Schwerkraft, die die Körper hindert, ihren Flug in das weite Weltall fortzusetzen.

Nur der Geist hat Flügel, vermag alle Höhen und Weiten knauschallig zu durchheilen. Doch, der menschliche Geist ist an seinen Körper gebunden, und wenn dieser ihn beherrscht, so wird auch der Geist immer wieder herabgezogen, so oft er sich bereit machen wollte, zum Höhenfluge über alles Kleine und Irdische hinaus in das Land der Ideale: Es ist das innere Widerstreben des Menschen, das allem Großen und Edlen hemmend entgegenwirkt.

Wie oft müssen wir dieses innere Widerstreben, diese hemmende Schwerkraft in uns erfahren. Jetzt wollen wir eine edle Tat verrichten, jetzt wollen wir uns geistig weiterbilden, jetzt wollen wir mitarbeiten, helfen an großen nationalen Aufgaben: Da erwacht die Schwerkraft in uns, das innere Widerstreben und hält uns wieder in der Schläffigkeit und Bequemlichkeit eines körperlich befangenen Daseins, und wir geben träge und schwerfällig den Höhenfluge unseres Geistes auf.

Das innere Widerstreben in uns bei allen guten Regungen müssen wir überwinden lernen, wenn wir aus der Knechtschaft des Leibes zur Freiheit des Geistes gelangen und uns nicht müde und schlaff an der Erde fesseln lassen wollen. Wir dürfen der Schwungkraft unserer Seele nicht entgegenwirken, wenn sie uns zu edlen Taten hinwegzureißen sucht. Im Besiegen jedes kleinsten Widerstrebens werden wir die großen Kräfte unseres Geistes entfesseln, die uns über alles Niedrige hinwegtragen.

Ermannt Euch!

Wie ein letztes Frühlingsahnen geht es draußen durch die Natur. Des Menschen Herz empfindet mit. Sehnsüchtig schaut das Auge des Arbeiters nach dem blauen Blau, das durch das bestaubte Fenster des mit Lärm angefüllten Fabrikraumes hineinleuchtet. Auch er möchte etwas mehr Sonne genießen. Aber nicht nur sein Sehnen ist erwacht, er fühlt auch wieder neuen Mut und neue Kraft in seinen Adern schwellen. Wie ein Alp lastete des Winters Not auf seinem Herzen. Manche von ihnen mußten mitten im Winter ihre Arbeitsstelle verlassen. Ohne Verdienst mußten sie sich durchschlagen. Ihn drohte das gleiche Schicksal und nur knapp ist er ihm entgangen. Manches Unrecht und manches kränkende Wort hat er über sich ergehen lassen. Ja, zu gerne hätte er öfter seinem gepreßten Herzen Luft gemacht und seinem Bedrückter gezeigt, daß auch der Arbeiter Begriff und Gefühl für Recht und Unrecht hat. Doch er bedachte, was daraus für ihn und die Seinen werden könnte, deshalb schwie er... Widerspruch hätte auch ihn auf die Straße gebracht.

In Zeiten schlechten Geschäftsganges wird dem Arbeiter die wirtschaftliche Ueberlegenheit seines Arbeitgebers manchmal fast unerträglich. Dann fühlt er so recht, daß er als einzelner nichts dagegen vermag, nur im Verein mit seinen Kollegen kann er seinen Rechten Geltung verschaffen. Obwohl diese Wahrheit dem Arbeiter im Arbeitsverhältnis beständig wird, gibt es doch noch sehr viele, die abseits der Organisation stehen. Aber auch selbst Organisierte lassen es vielfach noch zu sehr an dem rechten Eifer für ihre Organisation fehlen. Viele zahlen ihren Beitrag und harren dann seelenruhig der Dinge, die da kommen. Hin und wieder sieht man diesen oder jenen von ihnen in der Versammlung auftauchen. Finden sie, daß die Beteiligung an den Versammlungen ihren Erwartungen nicht entspricht, denn erklären sie, lieber zu Hause bleiben zu wollen, bis es besser geworden ist. Gelegentlich schimpfen sie gewaltig: Es herrsche zu wenig Leben in der Ortsgruppe. Damit ist aber auch ihre ganze „Tätigkeit“ erschöpft. Daß sich ihr Geschimpfe in erster Linie gegen sie selbst als die untätigen Mitglieder richtet, auf die Idee verfallen sie dabei nicht. Nein, die anderen sind schuld! Wie ich es hoffe, dieses fürchterliche: „Die Anderen!“

Ettliche sind nun allerdings längst dahinter gekommen, wie lächerlich ein solches Beginnen doch eigentlich ist und sie würden gewiß gern mitarbeiten, wenn nicht dieser oder jener im Vorstande ihnen so unsympathisch wäre. Man fragt sich unwillkürlich, wenn man solche Einwände hört, ist denn die Organisation nicht mehr als irgend ein Regelklub, dem man aus gesellschaftlichen Vergnügungen angehört und dem man einfach fernbleibt, falls einem die Gesellschaft nicht behagt. Nein, nicht das Vergnügen, sondern das gleiche Schicksal hat uns zusammengeführt, die harte Not des Lebens. Wir sind Angehörige eines Standes her, noch um seine Gleichberechtigung zu kämpfen hat. Fragen tiefster Natur gelangen in unsern Kreise zur Beratung, Fragen, mit denen unser künftiges Lebensgeschick aufs engste verknüpft ist. Wie gering und einseitig nehmen sich, gegenüber der hohen Bedeutung unserer Organisation, Einwände eben erwähnter Art aus.

Ein Teil Kollegen sah man vielleicht lange Zeit mit Eifer in unserer Organisation tätig. Bis sie auf einmal sich mehr und mehr zurückzogen und schließlich ganz ausblieben. Fragt man nun einen solchen Kollegen, was ihn bewog, sich zurück zu ziehen, so wird einem die Antwort: er sei „amtsüde“, er wolle

auch mal andere arbeiten lassen. Kollegen sollen es machen, die vielleicht jünger sind, wie die Amtsmüden. Kaum haben wir den halben Weg zurückgelegt, kaum bringt die Organisation die ersten Früchte, und schon sind sie des Kampfes müde. Nein, das kann uns nicht weiterbringen. Jeder ist es sich selbst und der eine dem andern schuldig, in zäher Arbeit auszuharren. Es darf keine Meinungsverschiedenheit darüber geben, ob der jüngere oder der ältere mehr im Vordergrund stehen müsse. Nur eine Meinung darf es geben, und das ist die, jeder soll im Vordergrund stehen, um an der Gestaltung seiner Lebensverhältnisse mitzuarbeiten. Die Betätigung in der Organisation ist in unseren Tagen Standespflicht.

Lassen wir doch endlich ab von den oberflächlichen Einwendungen, die doch nur die eigene Trägheit verdecken sollen. Es zeugt wirklich von wenig Kollegialität, wenn man den andern die Arbeit überläßt, selber aber nur die Vorteile der Organisation genießen will. Nur der hat volles Recht an der Organisation, der auch in seinem Maße an ihrer äußeren und inneren Ausgestaltung beigetragen hat.

Der Winter mit seinem schlechten Geschäftsgang geht zu Ende. Wir gehen besseren Tagen entgegen. Nützt die Zeit, Kollegen, und seid auf dem Posten, wenn es gilt, in der Agitation oder sonstwie für unsere Organisation tätig zu sein. U. E.

Berufswahl und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Dem Beobachter unseres wirtschaftlichen Lebens drängt sich immer deutlicher die Ueberzeugung auf, daß die Zukunft der Arbeit des deutschen Volkes, ihre wirtschaftlichen Erfolge auf dem In- und Auslandsmarkt in hohem Maße davon abhängen werden, wie das deutsche Volk in der Lage sein wird, seine Leistungsfähigkeit zu steigern und damit im Wettbewerb seinen Vorrang zu behaupten. Das gilt namentlich auch nach der gewerblichen Seite hin. Darum muß in Zukunft erhöhte Aufmerksamkeit darauf gelegt werden, daß an die Stelle der ungelerten Arbeit immer mehr die gelernte zu Qualitätsleistungen befähigende Arbeit tritt. Bei der Berufswahl, die in nicht zu ferner Zeit als eine der wichtigsten Lebensfragen wieder an Hunderttausende von Kindern unseres Volkes herantritt, muß darnach gestrebt werden, daß an Stelle des ungelerten Berufes wieder mehr der gelernte Beruf gewählt wird. Dabei verstehen wir unter gelerntem Beruf jede Erwerbstätigkeit, welche eine bestimmte Lehrzeit zur Aneignung von Fachkenntnissen erfordert — praktisch in guten Lehrstellen, theoretisch in den Fortbildungsschuleinrichtungen — mag es sich hier um die Industrie, den Kaufmannsstand, das Handwerk oder sonst ein Gebiet menschlichen Wirkens handeln.

Wenn nun auch eine genauere Durchforschung der Ergebnisse der letzten Berufs- und Betriebszählung ergibt, daß die Zahl der Gelernten stärker wächst als die Ziffer der Ungelernten, so ist die letztere dennoch verhältnismäßig recht hoch. Recht bemerkenswert ist nach dieser Richtung hin eine Erhebung des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes, die dieser im Jahre 1907 bei Verwaltungsbehörden und einigen statistischen Ämtern der Großstädte darüber veranstaltet hat, in welchem Umfange sich die schulenklassene Jugend den einzelnen Berufen zuwendet. Greifen wir nur die Zahlen über die Schreiber und ungelerten Arbeiter heraus. In Berlin wählten im Jahre 1903/04 9,86 Proz., im Jahre 1906/07 13,64 Proz. der zur Schulenklassung kommenden Volksschüler ungelernete Fabrikarbeiter werden. In den Schreibdienst wählten 1906/7 3,99 Proz. gehen. In Charlottenburg bewegte sich die Prozentziffer derjenigen, die ungelernete Arbeiter werden wollten, in den Jahren 1899/1904 zwischen 7,16 und 9,27 Proz., der der Schreiber zwischen 4,20 und 6,19 Proz., in Hamburg zwischen 7,29 und 10,21 Proz. bezw. 2,93 und 4,19 Proz. In Altona wählten 1905 13,87 Proz. ungelernete Arbeiter werden, in Lübeck 1905—06 10,77 Proz. In Elberfeld waren im Jahre 1903/04 19,42 und im Jahre 1904/05 18,25 Proz. als künftige ungelernete Arbeiter zu verzeichnen und 2,49 bezw. 2,82 Proz. für den Schreibdienst. In Rassel betragen die Verhältniszahlen in den Jahren 1904 bis 1906 für die ungelerten Arbeiter 5,56; 9,75 und 6,37 und für den Schreibdienst 9,03; 8,57 und 6,22. In Wiesbaden in denselben Jahren für die ungelerten Arbeiter 13,26; 16,27; 25,16 und für den Schreibdienst 3,24; 6,63 und 2,23. Diese Ziffern würden ergeben, daß in den Großstädten mindestens 10 bis 20 Proz. der Volksschüler ungelernete Arbeiter oder Schreiber werden. Es ist aber noch zu berücksichtigen, daß bei den Erhebungen viele Schüler noch nicht angegeben konnten, welchem Beruf sie sich widmen wollten.

In Erwägung dieser sowie noch einiger sonstiger Verhältnisse nimmt z. B. Dr. Altenrath in seiner Schrift: Berufswahl und Lehrstellenvermittlung (M.-Gladbach 1911) an, daß in den größeren Städten und Industriegegenden mindestens 20 bis 30 Prozent der Volksschüler sich einer ungelerten Beschäftigung zuwenden.

Nun ist die Tatsache ja nicht von der Hand zu weisen, daß es nicht in allen Fällen möglich sein wird, einen gelernten Beruf zu ergreifen. Wo der Ernährer fehlt oder dessen Arbeitskraft ganz oder teilweise gelähmt ist, wo zahlreiche noch nicht versorgte Kinder vorhanden sind, da wird es nicht zu umgehen sein, daß der Schulentlassene sich einem ungelerten Beruf zuwendet, um ja bald zu verdienen und seiner Familie eine Stütze zu sein. Aber andererseits ist es ebenso eine Tatsache, daß es in vielen Fällen gar nicht das zwingende Bedürfnis, sondern Sorglosigkeit oder Nachlässigkeit der Eltern sind, wenn der Zu-

gendliche einen ungelerten Beruf einem gelernten Beruf vorzieht. Die erheblichen Nachteile, die jener gegenüber diesen mit sich bringt, werden dabei leicht übersehen. Zwar fühlt sich bei dem ungelerten Beruf der Jugendliche ungebundener, dafür aber gerade deswegen drohen ihm um so größere Gefahren sittlicher und moralischer Art. Und was die materielle Seite anlangt, so ist der Schulentlassene im ungelerten Beruf in der ersten Zeit allerdings gegenüber dem Lehrling durch seinen sofortigen Verdienst im Vorteil. Das ändert sich aber bald. Der Gelernte ist immer besser gelohnt als der Ungelernte. Alle Schwankungen des Arbeitsmarktes treffen den Ungelernten häufiger und stärker. Ein größerer Zustrom von Arbeitskräften setzt ihn dem empfindlichsten Lohndruck aus. In Krisenzeiten verfällt er am häufigsten und längsten der Arbeitslosigkeit. Infolge seiner schwächeren Position auf dem Arbeitsmarkt ist er auch nicht so organisationsfähig und hat infolge dessen nicht in dem Maße die Möglichkeit, durch die Organisation günstige Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Längere Arbeitszeiten und größere Anspannung, infolgedessen schnellerer Verbrauch der Kräfte und frühere Invalidität sind bei den Ungelernten vorherrschend. Am unglücklichsten ist ihre Lage, wenn sie älter und weniger leistungsfähig werden. Ihre Brauchbarkeit beruht ja nicht auf Kenntnissen und Fertigkeiten, sondern auf ihrer Frische, Schnelligkeit und Kraft. Kenntnisse und Fertigkeiten können mit steigendem Alter zunehmen, die Kraft aber schwindet. Mangel und Not sind dann vielfach das Ende.

Umgekehrt im gelernten Beruf. Er gewährt ein ungleich höheres und sicheres Einkommen als der Ungelernte und damit eine höhere Anteilnahme an den Kulturgütern, insbesondere steigende Löhne und mäßigerer Arbeitszeit. Unter dem Einfluß der Meister und sonstiger Vorgesetzter ist die Gefahr moralischer Verwahrlosung wesentlich geringer. Der krasse Zwang zur Arbeit entwickelt individuelle Kräfte und Tugenden. Kurz, die richtig aufgefaßte, systematische Berufsausbildung, die die Wahl eines gelernten Berufes mit sich bringt, bedeutet Entfaltung und Entwidlung der körperlichen Fertigkeiten wie auch der geistigen und sittlichen Fähigkeiten, bedeutet Erziehung zu wirtschaftlicher Kraft und Selbstständigkeit wie auch zu sittlich richtigem Handeln und Wirken, bedeutet Erziehung zu Arbeitsfreude und Lebensglück. Dem Staate schaffen wir dadurch nicht nur tüchtige Bürger, sondern wir dienen seiner ganzen wirtschaftlichen und kulturellen Machtentfaltung, denn tüchtige berufliche Ausbildung einer immer größeren Zahl von Volksgliedern bedeutet Steigerung der gewerblichen Produktion überhaupt (Altenrath, a. a. D.) Gerade diese letztere Seite ist, wie einleitend bereits hervorgehoben wurde, gerade auch für unsere deutsche Volkswirtschaft und unser gesamtes Volkswohl von ausschlaggebender Bedeutung, wo die Tatsache unverkennbar ist, daß auf dem Markt der Zukunft das Land stets an erster Stelle stehen wird, das über die tüchtigste und befausgebildete Bevölkerung verfügt.

Aus alledem mögen die Schulentlassenen und ihre Eltern ersehen, um wela wichtige Sache es sich handelt, wenn sie bei der Berufswahl den gelernten Beruf dem ungelerten vorziehen. Sachen der Gemeinden vornehmlich aber ist es, Hand in Hand mit anderen beruflichen Organen Gelegenheit zu schaffen, wo Rat und Auskunft erteilt wird im Sinne vorstehender Ausführungen. Nach dieser Richtung hin hat einen empfehlenswerten Weg die Stadt Düsseldorf eingeschlagen, indem sie ein Städtisches Berufsberatungsamt als eine Abteilung der Städtischen Schulverwaltung eingerichtet hat. Diese Angliederung wurde gewählt, weil ohne tatkräftige Mitarbeit der Lehrerschaft die Beratung nicht das erreichen kann, was erreicht werden muß. Mit dem Berufsberatungsamt ist ein Lehrstellennachweis verbunden. Die verschiedenen Behörden, die Handwerks- und andelskammer, die Annungen, Gewerkschaften usw. haben dem Berufsberatungsamt Vertrauensmänner zur Verfügung gestellt, die das vorhandene gedruckte Material auf Vollständigkeit und Richtigkeit durchsehen und als Berater in schwierigen Fällen eintreten wollen. Durch sie wird ferner eine Prüfung und Begutachtung der städtischen Lehrstellen stattfinden. Dieses Städtische Berufsberatungsamt ist nur für Knaben bestimmt. Es arbeitet jedoch in engster Gemeinschaft mit bestehenden Auskunftsstellen für weibliche Berufe. In den Schulen werden zur Zeit Flugblätter verteilt, die auf die Wichtigkeit der Berufswahl und das Berufsberatungsamt hinweisen. — Unseres Wissens besteht ein derartiges Berufsberatungsamt schon seit längerer Zeit in Halle a. S., und ist hier mit gutem Erfolg wirksam. Auch in einer Reihe sonstiger Städte sind Maßnahmen auf dem Gebiete der Lehrstellenvermittlung getroffen worden, man hat aber den Eindruck, als ob dieselben noch vielfach in den Anfängen stecken.

Otto Buerfick vom Verband Deutsch-nationaler Arbeitervereine vor Gericht

In Nr. 40, 1913 unseres Verbandsorgans haben wir uns in einem Artikel etwas näher mit dem sogenannten „Verband deutsch-nationaler Arbeitervereine“ beschäftigt, und darin diese neueste Zerspaltung in der nationalen Arbeiterbewegung gebührend gewürdigt. Anlaß zu dem Artikel bot eine am 15. September v. J. stattgefundene Versammlung des Chemnitzer Vereines genannten Verbandes, in der dem anwesenden Verbandsführer „Pastor Richter und seinen Sekretären von den Kollegen Sparenberg, Voigt und Bierz gründlich hetzgeleuchtet wurde. Schon in der Versammlung, die bis Nachts gegen 3 Uhr dauerte, zeigte sich die „noble“ Kampfweise der „Deutsch-nationalen“ im hellsten Lichte. So schloß wußten sie für die Notwendigkeit ihrer Neugründung auch nicht das

Geringste vorzubringen. Als nun von unserer Seite der famose Brief des Herrn Pastors Richter an die Arbeitgeber zur Sprache gebracht wurde, in dem er um Geldmittel zur Erhaltung seiner Sekretäre bat, und ferner anführt, daß bei 100 Prozent geringeren Beiträgen, als sie die Gewerkschaften erheben, in seinem Verband doch höhere Unterhaltungen als in den Gewerkschaften gewährt werden sollen, da kannte der Jörn der „deutschnationalen“ Herren keine Grenzen. Pastor Richter ließ sich sogar dazu hinreißen, den Kollegen Voigt als einen „gemeinen und charakterlosen Menschen“ zu beschimpfen. Der einmütigen Ermahnung, von Gierz stammende Artikel in unserem Verbandsorgan brachte nun die „deutschnationalen“ Arbeiterzeitung vollends aus dem Häuschen. Der Pastor Richter, „Sekretär Purfürst“ aus Chemnitz veröffentlichte in der deutschnationalen Arbeiterzeitung eine Antwort gegen unseren Artikel, die von persönlichen Anpöbelungen und Beleidigungen des Kollegen Gierz ströhte. „Gewerksmüßiger Verleumder, Ehrabschneider, Denunziant“ usw., das sind so einige Stillbitten aus dem Purfürstlichen Elaborat. Jedenfalls wollte er mit seinem Erguß den Beweis erbringen, daß nicht nur sein Herr und Meister, der „Verbandsführer“ Pastor Richter, in Kraftausdrücken bemauert ist, sondern daß er diesen noch um ein bedeutendes Stück überträgt. Den Beweis hat Purfürst denn auch in seinem Gescheißel glänzend erbracht.

Der Kollege Voigt hat nun dem Herrn Pastor Richter und Kollege Gierz dem Herrn Purfürst Gelegenheit gegeben, sich wegen ihrer Kampfesweise vor Gericht zu verantworten.

Die Verhandlung gegen Pastor Richter fand am 30. Januar vor dem Chemnitzer Schöffengericht statt. Der Herr Pastor machte zunächst alle möglichen Versuche, um sich aus der Schlinge zu ziehen. Nur der Gutmütigkeit des Kollegen Voigt hat es der Herr Verbandsführer zu danken, daß er für diesmal einer Beurteilung entging, indem Voigt einem Vergleich zustimmte, in dem Pastor Richter seine beleidigenden Ausdrücke mit Bedauern zurücknimmt und sich zur Zahlung sämtlicher gerichtlicher und außergerichtlicher Kosten, einschließlich der dem Kollegen Voigt entstandenen Auslagen verpflichtet.

Am 5. Februar hatte sich Purfürst wegen seinem von Beleidigungen gegen den Kollegen Gierz strotzenden Artikel vor dem Chemnitzer Schöffengericht zu verantworten. Purfürst, der schon im vergangenen Jahre einen Denksatzel in Form von 35 Mark Strafe wegen Beleidigung des Vorsitzenden des Sächsischen Landesverbandes evangelischer Arbeitervereine, des Herrn Pfarrer Drechsler, erhalten hatte, machte vor Gericht einen eigentümlichen Eindruck. Dieser Mann, der in seinem Artikel den Kollegen Gierz der Feigheit beschuldigte, weil er den in unserem Organ erschienenen Aufsatz nicht mit seinem Namen gezeichnet habe, suchte sich mit der faulen Ausrede aus der Schlinge zu ziehen, daß er nicht gewußt habe, daß Gierz der Verfasser des Artikels sei, und er deshalb diesen auch nicht beleidigt haben könne. Der „müßige“ Purfürst wurde aber vom Vorsitzenden des Gerichts sofort eines Besseren belehrt. Ueber die Gründe für seine beleidigenden Ausfälle gegen Gierz befragt, konnte Purfürst auch nicht einen einzigen sachlichen Grund angeben. In seiner grenzenlosen Verlogenheit versuchte er nur geltend zu machen, daß er in „Wahrung berechtigter Interessen“ gehandelt habe, und ihm deshalb der Schutz des bekannten Paragraphen 193 des Strafgesetzbuches zuerkannt werden möge.

Das Gericht zeigte aber wenig Verständnis für diesen Antrag.

Purfürst wurde wegen öffentlicher Beleidigung zu 300 Mark Geldstrafe, im Falle der Uneinbringlichkeit zu 50 Tagen Gefängnis verurteilt.

Sämtliche Nummern der „deutschnationalen“ Arbeiterzeitung, die den beleidigenden Artikel enthalten, sind zu vernichten. Ebenso die zur Herstellung benutzten Platten und Formen.

Das Urteil ist auf Kosten des Angeklagten im „Chemnitzer Tageblatt“, im „Deutschen Metallarbeiter“ und in der „deutschnationalen Arbeiterzeitung“ zu veröffentlichen. Der Angeklagte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen und hat ferner dem Privatkläger Gierz die diesem entstandenen notwendigen Auslagen zu ersetzen.

In der Urteilsbegründung wurde vom Gericht ausdrücklich hervorgehoben, daß der von Gierz verfaßte Artikel durchaus sachgemäß sei, und Purfürst aus demselben nicht den geringsten Grund für seine alles Maß übersteigenden Beleidigungen herleiten könne. Von einer Gefängnisstrafe habe das Gericht nur deshalb abgesehen, um dem Angeklagten das Fortkommen nicht zu erschweren.

Purfürst hat also einen Denksatzel bekommen, den er voraussichtlich nicht so leicht vergessen wird. Auch Pastor Richter wird in seiner Kampfesweise in Zukunft wohl etwas vorsichtiger werden.

Au, alle Fälle werden wir dem Verband deutschnationaler Arbeitervereine und seinen Führern auch in Zukunft scharf auf die Finger sehen, und diesen neuesten Zerstückelungsversuch in der nationalen Arbeiterbewegung auf das nachdrücklichste bekämpfen.

Die Handelspolitik

Durch die Handelsverträge werden die wirtschaftlichen Beziehungen der verschiedenen Staaten zueinander geregelt. In der Praxis verkörpern sie das Bestreben der vertragsschließenden Staaten, sich Sonderprivilegien für den eigenen Ausfuhrhandel zu schaffen. Handelsverträge und Schutzpolizist hängen daher eng miteinander zusammen, denn nur wo eine solche Gebilte wird, ist es nach dem heutigen Stand der Wirtschaftspolitik möglich, sich Sonderprivilegien zu verschaffen oder auch solche zu gewähren. Kein Staat wird geneigt sein, dem anderen solche zu gewähren, wenn er nicht sie selbst erhält. Sie aber bestehen in der Erlangung niedriger Zollsätze als in dem allgemeinen autonomen sog. Zolltarif festgelegt sind. Schon aus diesem Grunde hat eine Handelspolitik auf der Grundlage des Schutzpolizisten viele Vorteile für sich. Zwar ist es wohl auch Freihandelsstaaten wie England gelungen, Handelsverträge abzuschließen, doch darf nicht vergessen werden, daß ihr einziges Prestigeinstrument die Drohung ist, ebenfalls zum Schutzpolizisten überzugehen. Wir werden später noch auf die speziellen Verhältnisse näher eingehen, hier, wo es sich um eine allgemeine Darlegung handelt, sei nur betont, daß in England besondere Verhältnisse vorliegen, daß aber trotzdem sich auch hier eine starke Bewegung herausbildet, zum Schutzpolizist überzugehen.

Den Handelsverträgen weicht die Tendenz, im allgemeinen eine Ermäßigung der bestehenden Schutzpolizisten einzuführen, denn in ihrem Wesen liegen ja gegenseitige Zugeständnisse auf diesem Gebiet. Wie diese im allgemeinen durchgeführt werden, hängt sehr an der prinzipiellen Gestaltung des Zolltarifs. Es gibt Staaten, die neben dem sog.

autonomen Zolltarif, d. h. der Aufführung der Zollsätze wie sie ohne Berücksichtigung etwaiger Ermäßigungen Geltung haben, einen besonderen Vertragstarif zugleich mit der Schaffung des Zolltarifgesetzes festgelegt haben. Für jede Ware sind also zwei Zollsätze angeführt: Der eine gilt für die Waren aus den Staaten, mit denen kein Handelsvertrag geschlossen ist, der andere für Waren aus Vertragsstaaten, diese Regelung ist z. B. in Frankreich getroffen. Sie legt der Tendenz der Handelsverträge zur Herabsetzung der Zölle Schranken in dem Vertragstarif.

Andere Staaten haben einen anderen Weg gewählt. Sie haben durch ein allgemeines Gesetz lediglich den autonomen Tarif geschaffen und überlassen es der Spezialgesetzgebung bei Eingehung von Handelsverträgen, die einzelnen Zölle herabzusetzen. Diese letztere Art hat den großen Vorteil, daß bei dem Abschluß von Handelsverträgen speziellen Verhältnissen besser Rechnung getragen werden kann. Gewiß wird es auch hier das Bestreben des vertragsschließenden Staates sein, die gewährten Zollermäßigungen möglichst gering zu halten, wenn es aber gilt, für die eigene Industrie besondere Vorteile zu schaffen, kann es durch größere Nachgiebigkeit in der Herabsetzung der Zölle erreicht werden. Der deutsche Zolltarif weist lediglich einen autonomen Tarif auf und überläßt die Herabsetzung dem durch ein besonderes Gesetz zu schaffenden Handelsvertrag. Nur für einige wenige Waren ist von vornherein eine Art Vertragssollsatz festgelegt. Das Zolltarifgesetz bestimmt, daß für diese Waren die Zölle „durch vertragmäßige Abmachungen nicht unter die genannten Sätze herabgesetzt werden sollen. Also auch hier hat der Vertragstarif für diese wenigen Waren den Zweck, stärkere Herabsetzungen auszuschließen. Es sind die wichtigsten Produkte der Landwirtschaft, für die diese besondere Bestimmungen geschaffen sind. Die Zölle sollen bei: Roggen nicht unter 5 M., Weizen und Spelz nicht unter 5,50 M., Malzgerste nicht unter 4 M., Hafer nicht unter 5 M. herabgesetzt werden; die autonomen Zollsätze betragen 7; 7,50; 7 und 7 M.

Wenn wir vorher sagten, daß die Handelsverträge die Tendenz hätten, eine Ermäßigung der bestehenden Schutzpolizisten herbeizuführen, so wird diese Tendenz noch verstärkt durch eine Vereinbarung, die mit dem Abschluß von Handelsverträgen meist verbunden ist. In die meisten Handelsverträge der Gegenwart ist die sogen. Meistbegünstigungsklausel aufgenommen. Sie bestimmt, daß dem vertragsschließenden Staat jede Vergünstigung und jede größere Vergünstigung, die einem anderen Staate zugestanden wird, ohne weiteres auch zufließt. Angenommen, ein Staat hätte mit einem anderen einen Handelsvertrag geschlossen, durch den der Zollsatz einer Ware um ein Drittel des autonomen Tarifs herabgesetzt wird, so hat dieser neue Zollsatz auch Gültigkeit für alle anderen Staaten, mit denen Handelsverträge geschlossen sind, wenn sie nur die Meistbegünstigungsklausel enthalten. Das Urteil über ihre Wirkung ist nicht einseitig. Abgesehen davon, daß sie den Anhängern des höheren autonomen Zollsatzes sind, wegen ihrer allgemeinen Tendenz nicht gefällt, lassen sich andere schmerzliche Bedenken vorbringen. Einem Lande können dadurch Vorteile recht wertvoller Art ohne jede Gegenleistung zufallen. Allerdings wird diese Wirkung dadurch ausgeglichen, daß auch der andere Staat an allen Vergünstigungen teilnimmt, die sein Kontrahent dritten Staaten zubilligt. Auf die tatsächliche Gestaltung der Handelspolitik und damit die Wirkungen der Handelsverträge und Meistbegünstigungsklausel im einzelnen werden wir weiter unten noch zu sprechen kommen, hier sei nur angeführt, daß auch Deutschland fast mit allen anderen Staaten Handelsverträge abgeschlossen hat — von den bedeutenderen Ländern ist nur China ausgenommen. Das hat z. B. zur Folge, daß für chinesische Seide der autonome Zollsatz mit 800 M. für die aus andern Ländern aber der vertragmäßige mit 450 M. für 100 Kg. bezahlt werden muß.

Wir sind zu diesen Erörterungen über die Handelsverträge bei der Betrachtung des Vorteils der Schutzpolizistik im Verhältnis zu dritten Staaten gekommen, nachdem wir schon über deren allgemeinen Zweck für die Industrie gesprochen hatten. Wenn der schon genannte Friedrich List diesen in der Erziehung der Industrie sieht, in der Schaffung einer auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen heimischen Industrie, während er den Schutzpolizist für landwirtschaftliche Produkte vertritt, so können wir uns dieser Auffassung nicht ganz anschließen. Es ist ein ziemlich müßiger Streit darüber entstanden, ob auch heute List noch auf dem Standpunkt stünde, daß landwirtschaftliche Schutzpolizisten zu verwerfen seien oder nicht. Das eine ist bei der Beurteilung dieser Frage jedenfalls festzuhalten, daß der weitgehende Wirtschaftspolitiker sein Buch zu einer Zeit geschrieben hat, wo noch durchaus andere Verhältnisse herrschten. Deutschland hatte damals noch eine verhältnismäßig kleine Industrie, war durchaus noch Agrarstaat. Es betriebligte nicht nur den heimischen Bedarf an Landwirtschaftsprodukten, sondern war auch noch in der Lage, solche auszuführen. Das änderte sich mit der zunehmenden Industrialisierung und der rasch wachsenden Bevölkerung. Zwar führt auch heute noch die Landwirtschaft große Mengen von Getreide aus — Roggen mehr denn je, aber der heimische Bedarf in anderen Produkten kann durch sie nicht mehr gedeckt werden. Das wäre er sich natürlich kein Grund, Schutzpolizisten für die Landwirtschaft einzuführen oder beizubehalten. Es mag berücksichtigt werden, daß die Weltmarktsverhältnisse sich von Grund aus geändert haben. Anfangs der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts warfen die Vereinigten Staaten große Mengen von Getreide nach Europa — insbesondere nach England, dem bisherigen Absatzgebiet der deutschen Landwirtschaft. Mit den Preisen des amerikanischen Getreides kam das deutsche nicht konkurrenzieren. In den Vereinigten Staaten waren gewaltige Flächen jungfräulichen Bodens vorhanden. Diese erforderten keine andere Bestellung als das Aussäen der Saat, eine weitere Bearbeitung, wie Düngung und Pflügen hatte der fruchtbare Boden vorerst nicht nötig. Der Ueberfluß an Getreide gesteuert, nachdem der eine Teil durch den Konsum ausgezehrt worden war, einen andern in Angriff zu nehmen. Auf dem eben kulturboden Deutschlands lagen die Verhältnisse natürlich ganz anders. Die Landwirtschaft mußte hier, wollte sie Erträge erzielen, intensiv betrieben werden, erforderte große Aufwendungen an Kapital und Arbeit.

Es war kein Wunder, daß bei so ungleichen Produktionsbedingungen des deutschen Getreide zum Vorteil des amerikanischen zurückgedrängt wurde. Sollte es aber Abzug finden, so mußten Preisrückgänge einleiten — und sie sind eingetreten, die unsere Landwirtschaft in die schwierigste Lage brachten. Rechtlich hat für sie — eine Folge der amerikanischen Konkurrenz — eine sehr schlimme Zeit eingeleitet. Sie mußte eine ganze Zeit lang (1880—1900) dem andern Krisis bestehen, wie sie wohl kaum noch eine Industrie bezeichnen hat. Der be-

kannte Sozialist Max Schippel sagt in den sozialistischen Monatsheften (Jahrg. 1912, 3. Bd. S. 1344): „Wenn ähnliches eine Industrie zwei oder drei Jahre hindurch erlebt, welche ein Klagegeschrei erschallt aus allen Winkeln und Ecken, sogar aus den Kreisen der Kleinbürger und Arbeiter, die selber ganz deutlich spüren, daß billige Preise keineswegs noch in ihrem Interesse liegen, falls und soweit sie wirklich Krisenpreise darzustellen beginnen.“ Deutschland konnte nun zwei Wege einschlagen: es überließ entweder die Landwirtschaft ihrem Schicksal und verlegte sich ganz auf die Industrialisierung, oder aber es schaffte einen Schutz für die Landwirtschaft, der sie die Krise überleben ließ. Man schuf einen Schutzpolizist für Getreide. Damit drückte man den Willen aus, die gewaltigen Werte, die in der Landwirtschaft lagen, zu erhalten, auch die sozialen und politischen Vorteile, die in der Verbindung von Landwirtschaft und Industrie liegen, nicht aufzugeben. Der Schutzpolizist auf landwirtschaftliche Produkte bezweckte also nur die Erhaltung der Landwirtschaft. Daß dem so ist, geht sehr deutlich aus den Marktpreisen z. B. für Getreide hervor. Es handelte sich nicht darum, unter dem Schutzpolizist höheren Preise zu erzielen, als sie zur Zeit des Freihandels waren, was man wollte, war lediglich diesen Stand zu erhalten und der ist erst wieder im letzten Jahrzehnt erreicht worden.

Der Vollständigkeit halber sei hier noch ein System erwähnt, das zwar nicht aus handelspolitischen Absichten entsprungen ist, aber doch auch Wirkungen auf diesem Gebiete äußert. England ist Freihandelsland, hat aber doch eine Reihe sehr hoher Finanzzölle, die lediglich dazu dienen, dem Lande Einnahmen zu verschaffen. Es verdient Erwähnung, daß diese Zölle — bei ihrem Zweck eigentlich selbstverständlich — auf Massenkonsumartikel gelegt sind. Wir werden später bei der Betrachtung der deutschen Handelspolitik noch sehen, daß auch bei uns der Finanzzoll bei Einführung der Zölle eine große Rolle gespielt hat und auch bei ihrer Erhaltung noch spielt. Die nächsten Aufträge werden uns über die deutsche Handelspolitik selbst unterrichten.

Allgemeine Rundschau

Zechenmetallarbeiter und Organisation

Ein typisches Bild über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zechenhandwerker, Maschinisten usw. gibt die Statistik über die einzelnen Bergbaureviere Deutschlands. Während im vergangenen Jahre, besonders im Ruhrrevier und auch in Saarrevier für die eigentlichen unterirdisch beschäftigten Bergarbeiter Lohnsteigerungen stattgefunden haben, sind die Zechenmetallarbeiter sehr ausgegangen. Besonders in letzterem Revier, wo der Staat der Hauptbergbaubetriebe ist, haben die genannten Arbeiter alle Ursache zur Unzufriedenheit. Dort ist das Lohnverhältnis ein derartiges, daß selbst leitende Beamte im Werkstat- und Maschinenfach das Unhaltbare dieses Systems einsehen, ohne aber eine Veränderung der Frage herbeiführen zu können. Die Leitung der Zechen, d. h. der in Frage kommende Bergat oder Inspektor betrachtet Werkstat- und Maschinenbetriebe als Nebenbetriebe, als „notwendiges Uebel“ und bestimmt auch von diesem Gesichtspunkte aus Arbeitszeit und Entlohnung. Nicht besser sind die Verhältnisse im Ruhrrevier. Nur besteht hier der Brauch durch Verfahren von möglichst viel Schichten, 30—40 pro Monat, einen einigermaßen auskömmlichen Lohn zu verdienen. Daß durch diesen Raubhau an der Gesundheit die Arbeiter selbst (und ihre Familie) die Leidtragenden sind, scheinen die meisten Kollegen nicht einzusehen. Auch nicht, daß sie durch Verfahren einer solch unverhältnismäßig hohen Schichtenzahl den Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit erschweren. Diese Zustände müssen verschwinden.

Eine Hauptforderung der Zechenmetallarbeiter ist eine durchgreifende Lohnhöhung und eine Reduzierung der Schichtdauer. Auch die Zustände im Knappschafswesen sind für die Kollegen denkbar ungünstig, wie das in Nr. 3 unseres Verbandsorganes für das Saarrevier geschildert wurde. Die Schuld an diesem ungünstigen Verhältnisse tragen die Kollegen selbst. Seit dem bekannten Abkommen, das zwischen der Zentralleitung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes und derjenigen des Gewerksvereins christl. Bergarbeiter abgeschlossen wurde, wonach die Zechenmetallarbeiter in das Agitationsgebiet unseres Verbandes gehören, ist von seiten des Verbandes alles getan worden, die Lage dieser Arbeiterklasse zu bessern. Das Abkommen bestimmte in der Hauptsache:

„Die in den Bergwerksbetrieben und deren Nebenanlagen beschäftigten Metallarbeiter, Schlosser, Schmiede, Beschlagschmiede, Gebläseschmiede, Kesselschmiede, Zuschläger, Dreher, Elektromonteur, Maschinisten usw. sind dem Agitationsgebiet des christlichen Metallarbeiterverbandes vorbehalten. Ebenso die Arbeiter derjenigen Zechenbetriebe, die der chemischen Weiterverarbeitung der Produkte dienen usw.“

In einer Reihe von Artikeln wurde die Öffentlichkeit auf die bis dahin nicht beachteten Kollegen aufmerksam gemacht. Im Saarrevier wurde eine Petition an den preussischen Landtag gerichtet usw. Da der Erfolg nicht immer der angewandten Mühe entsprach, sind viele nicht standhafte Kollegen der Organisation untreu geworden. Nicht der Verband, nein die Gleichgültigkeit der Kollegen sind das größte Hemmnis im Aufstieg des Standes. Die Verhältnisse einer Arbeiterklasse, die jahrelang überhaupt nicht beachtet wurde, lassen sich nicht von heute auf morgen ändern. Dazu bedarf es jahrelanger, opferwilliger Gewerkschaftsarbeit. Die Zechenmetallarbeiter stehen vor der Entscheidung, entweder kämpfen sie in unserem christl. Metallarbeiterverband für Besserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse oder verzichten auf jeglichen wirtschaftlichen Aufstieg. Für den denkenden Arbeiter lautet die Parole: Hinein in die Organisation, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

„Unternehmerwünsche und Gesetzgebung“

Unter dieser Stichmarke bringt das „Korrespondenzblatt“ der sog. Gewerkschaften einen Artikel über eine im Reichsamt des Innern am 21. Oktober 1912 stattgefundene Konferenz zur Beratung einer Bundesratsverordnung über den Schutz der Arbeiter in den Zinkhütten. Das „Korrespondenzblatt“ polemisiert gegen den Arbeitervertreter Brantigam, „ein wahrscheinlich von Unternehmerseite ernannter „Arbeiter“-Vertreter“. Schon der Umstand, daß das „Korrespondenzblatt“ nach mehr als Jahresfrist auf die Konferenz zurückkommt, während das Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes bereits im Nr. 1/1913 einen ausführlichen Bericht über die Konferenz gebracht hat, ist bezeichnend. Ein Protokoll über die Verhandlung ist nicht herausgegeben worden. Es kann also nur ein Teilnehmer der Konferenz dem „Korrespondenzblatt“ die Mitteilung gemacht haben.

In dem Artikel wird dem Arbeitervertreter S. der Vorwurf gemacht, er habe sich für die Unternehmerinteressen ins Zeug gesetzt, weil er gegen den Par. 1 des Entwurfs Stellung

genommen habe. Es handelt sich darum, daß für den Betrieb jeder Zinkhütte ein zuverlässiger und befähigter Betriebsführer zu bestellen ist, der der Behörde für die Ausführung der Bundesratsverordnung hafter ist." Hierzu wurde von B. ausgeführt, daß in den westdeutschen Zinkhütten die Zinkhütten und die Zinkanlagen getrennte Betriebe seien und jede einen selbständigen Betriebsführer habe. Es sei daher praktisch, wenn jeder dieser Betriebsführer für seinen Betrieb verantwortlich sei, als schließlich ein höherer kaufmännischer Beamter, der wöglichst kaum alle paar Monate einmal den Betrieb besichtigte. Diese Stellungsfrage bedeutet kein Einschreiten der Unternehmer. Was das „Korrespondenzblatt“ diesbezüglich schreibt, ist eine Verdrehung der Ausführungen. Warum hat der betreffende Berichterstatter sich auf der Konferenz nicht gemeldet? Erst nach Jahresfrist kommen und andere verdächtigen, ist doch kein besonderer Beweis.

Weiter wird dem Arbeitervertreter Bräutigam vorgeworfen, er habe gegen den Schutz der jugendlichen Arbeiter Stellung genommen. Auch dieser Vorwurf beruht auf einer böswilligen Entstellung der Ausführungen. Es handelt sich, wie das „Korrespondenzblatt“ selbst zugibt, um die bei den Maurern beschäftigten jugendlichen Arbeiter. Diese Arbeiter werden nur bei Ausbesserung von kalten Defekten beschäftigt. Hierbei besteht keine höhere Gefahr für Leben und Gesundheit, wie sie sonst im täglichen Leben, außerhalb der Zinkhütten, der Maurerarbeit aufweist. Diese Tatsache ist von B. betont worden, der im übrigen scharf gegen die Kinder- und Frauenarbeit Stellung genommen hat, wie man sie heute noch in Schlesien findet. Statt die in den westdeutschen Zinkhütten beschäftigten, organisierten Arbeiter, welche mit Hilfe des christl. Metallarbeiterverbandes schon erhebliche Verbesserungen in den Betrieben durchgesetzt haben, zu verlästern, dürfte der Artikelschreiber des „Korrespondenzblattes“ besser tun, in Obereschlesien für ähnliche Verhältnisse zu sorgen, wie sie in Westdeutschland zu finden sind. Der christl. Metallarbeiterverband hat seit einem Jahrzehnt ununterbrochen für die Interessen der Zinkhüttenarbeiter gekämpft. Der Abgeordnete Naden ist quert in der Sitzung des Reichstages vom 13. März 1905, auf Grund des ihm vom christl. Metallarbeiterverbande zugestellten Materials, energisch für ein enbesseren Schutz der Zinkhüttenarbeiter eingetreten, zuletzt noch in der Sitzung des Reichstages vom 30. März 1912.

Statt nach Jahresfrist einzelne Teilnehmer der Konferenz unberechtigtweise zu verdächtigen, sollte das „Korrespondenzblatt“ dafür sorgen, daß die Vertreter aus Schlesien auf späteren Konferenzen die Auseinandersetzung mit den Unternehmern und Regierungsvertretern nicht ruhig andern Leuten überlassen.

P. S.

Erzbischof Dr. Bettinger zur gewerkschaftlichen Jugendorganisation

Wohl in einem vom Münchener katholischen Jugendsekretariat herausgegebenen Jugendkalender die Jugendlichen zum Eintritt in die christlichen Gewerkschaften aufgefordert wurden, hatten die integralen Erzieher „Petrusblätter“ einen gehässigen Angriff gegen dieses Sekretariat gerichtet, in dem es u. a. hieß:

„Also in das geduldet Uebel der sogenannten christlichen Gewerkschaften werden die jungen Leute hineingeredet; schon der Jugend wird skrupellos zugemutet, praktisch sich aufzuheben gegen den heiligen Vater. Und da haben solche Kreise noch den Mut, von katholischer Jugendpflege zu reden...“

Schon in seiner Nr. 1 von diesem Jahre hatte der Münchener „Arbeiter“, das Organ der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands, diesen Angriff entschieden zurückgewiesen. Auf der Diözesankonferenz der katholischen Jugendvereine der Erzdiözese München, die am 11. Februar stattfand, hat nun der Herr Erzbischof von München selber zu der Angelegenheit Stellung genommen. Er führte unter allgemeinem starkem Beifall aus:

„Es wird wohl unser katholisches Jugendsekretariat sehr überrascht gewesen sein, als ihm dieser Spiegel vorgehalten wurde. Ich weiß nicht, wie die nähere Umdeutung der Petrusblätter hinsichtlich der gewerkschaftlichen Verhältnisse beschaffen ist, und ich mische mich darum — wie wir alle — nicht in die Frage ein, was dort hinsichtlich der gewerkschaftlichen Angelegenheiten im Interesse der Jugend als notwendig und zweckdienlich zu erachten ist. Ich denke aber, in München und Umgebung ist es an uns, zu urteilen nach unserem katholischen Gewissen. (Allseitiges Bravo!) Wir lassen uns in der Liebe zum hl. Vater von niemandem übertreffen. (Bravo und Handklatschen.) Aber gerade deshalb weisen wir es zurück, unsere christlichen Gewerkschaftsangelegenheiten in einem Lichte zu zeigen, als ob der hl. Vater etwas Schlechtes geduldet hätte. Der hl. Vater hat getan, wie er selbst es ausgesprochen hat, das ihm die deutschen Bischöfe empfohlen haben und aus den Gründen, die ihm die deutschen Bischöfe vorgetragen haben. Darauf stützt sich die Duldung des hl. Vaters. Deshalb bitte ich unser katholisches Jugendsekretariat München, energisch dahin zu wirken, daß unsere Jugend von den freien Gewerkschaften ferngehalten wird, und daß alle, bei welchen ein Anschluß an eine Gewerkschaft in Frage kommt, den christlichen Gewerkschaften beitreten. (Stürmischer, allseitiger Beifall.) Wenn das Verbot des hl. Vaters, sich gegenseitig zu verkehren, von jener Seite nicht beachtet wird, wir wollen alle jene, welche die Gewerkschaftsfrage im Sinne der Petrusblätter behandeln, völlig unbefähigt lassen. Und in der Jugendfrage halten wir es mit dem Wort, das ich in der gleichen Monatschrift Jugendpflege lese, mit der Parole des H. S. Bischofs Keppler von Kottenburg:

„Wenn Sie arbeitsbereit, wie immer, mich fragen, auf welchem Punkt hauptsächlich neben der regulären Pastoration das Augenmerk zu richten sei, so antworte ich ohne Zögern: Auf die Jugendpflege, nämlich auf die Fürsorge für die schulentlassene männliche und weibliche Jugend. Ich wüßte nichts, was momentan nötiger und dringlicher wäre.“

Die Verjährung des Koalitionsrechts

begründen die literarischen und parlamentarischen Wortführer der Scharfmacher bekanntlich immer wieder mit dem sozialdemokratischen Terror. Das sollte die Genossen veranlassen, endlich ihre unwürdige und schmachvolle Kampfesweise einzustellen. Das beste Mittel gegen den roten Terror ist die nachhaltige Stärkung der christlich-nationalen Gewerkschaften. Das sehen auch schon weitere Kreise ein.

In der Sitzung der ersten Kammer des sächsischen Landtages vom 14. Januar d. J. wurde u. a. auch über Arbeitswilligen- schutz verhandelt. Der Großindustrielle Dr. Kautmann trat der Ansicht entgegen, daß mit einem Verbot des Streikpostens- rezens ein wirksamer Schutz der Arbeitswilligen zu erreichen

sei. Wen wolle man mit einem solchen Verbot treffen? Die Sozialdemokratie? Man treffe aber die Arbeiterschaft und diese sei durchaus noch nicht mit der Sozialdemokratie zu identifizieren. Es sei durchaus nicht Aufgabe der Staatsregierung, mit solchen Mitteln in die Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingzugreifen. Man solle die innerhalb ihrer Führerschaft bereits uneins und dadurch schon morsch werdende Sozialdemokratie, deren Organisation aber immer noch bewundernswert groß sei, dadurch überwinden helfen, daß man die Gegenorganisation, nämlich die Organisation der christlich-sozialen Gewerkschaften, stütze und fördere, soweit es in den gesetzlichen Grenzen möglich sei. Die christlich-sozialen Gewerkschaften stellten sich durchaus auf den Boden der jetzigen Gesellschaftsordnung. Es ist zu begrüßen, daß in den Parlamenten solche verständnisvolle Urteile über die Zusammenhänge der deutschen Arbeiterbewegung im allgemeinen und über die Bedeutung der christlichen Gewerkschaftsbewegung im besonderen von Nichtarbeitern öffentlich ausgesprochen werden. Aber manchem Unternehmer ist die Koalitionsfreiheit nur solange angenehm, als sie nur von den Unternehmern in Anspruch genommen wird. Sobald die Arbeiter auch von diesem Recht Gebrauch machen, sucht man mit Gewaltmaßnahmen dagegen vorzugehen.

Die Direktion der Ballerysthaler Glashütte in Lotzringen verbot kürzlich ihren Arbeitern durch Anschlag unter Androhung der Entlassung, Gewerkschaftsversammlungen zu besuchen. Für den Fall, daß dieses Verbot wirkungslos sei, wird sogar mit der Aussperrung sämtlicher Arbeiter und der Stilllegung des Werkes gedroht.

Ein ähnlicher Fall wird aus Cleve berichtet. Als die Arbeiter der dortigen Biskuitfabrik Holland sich der Organisation anschlossen, versuchte die Firma das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter gewalttätig zu unterdrücken. Sie erließ einen Nachtrag zur Arbeitsordnung, worin ein direktes Koalitionsverbot ausgesprochen ist. In dem Par. 1 des Nachtrages heißt es unter anderem: „Er (der Arbeiter) muß ferner die schriftliche Erklärung abgeben, daß er keinem Arbeiterverband angehört.“ Der Par. 2 lautet: „Als gegenseitige Kündigungsfrist sind 14 Tage festgelegt. Wer trotzdem einem Arbeiterverband beitrete, hat dieses sofort der Leitung zu melden und wird von dieser sofort ohne Kündigung entlassen.“ Dieser Nachtrag wird als „genehmigt“ bezeichnet was undenkbar klingt, da er gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung verstößt.

Die Unternehmer, die in solcher Weise die Organisation der Arbeiter unterdrücken wollen, sehen sich damit dem Verbot aus, daß die Zustände in ihren Betrieben das wachsame Auge der Gewerkschaften zu fürchten haben. Diese Vorgänge zeigen aber auch, daß nicht etwa ein erweiterter Schutz der Arbeitswilligen zur Zeit am notwendigsten ist, sondern ein gesetzlicher Schutz der Koalitionsfreiheit. Die Unternehmer können den schärfsten Terrorismus gegen die Arbeiter ausüben, ohne daß sie dieshalb gesetzlich zur Verantwortung gezogen werden können, während das kleinste Vergehen der organisierten Arbeiter mit schärferen Strafen geahndet wird.

Schäden und Volksversicherung

In der 7. Sitzung der Budgetkommission des Preussischen Hauses der Abgeordneten vom 28. Januar 1914 hat der Minister des Innern auch zu der Frage Stellung genommen, wie sich die Staatsbeamten zur Volksversicherung zu stellen hätten. Auf eine Anfrage aus der Kommission bemerkte der Minister, daß er keinen Erlaß wegen Empfehlung der öffentlichen Anstalten herausgegeben habe, auch könne er eine Empfehlung dieser Anstalten nicht als zu den Aufgaben der Regierungspräsidenten gehörig erachten. Diese Darlegungen ergänzte der Minister in der Plenarsitzung vom 11. d. M., indem er ausführte, er halte es für richtig, daß die öffentlichen Lebensversicherungsanstalten und die „Deutsche Volksversicherung“ staatslicherseits paritätisch behandelt würden, wobei die einseitige Empfehlung des einen Unternehmens gegenüber dem anderen vermieden werden müsse. Diese dankenswerten Ausführungen sind durchaus zu begrüßen. Es steht zu hoffen, daß der Minister Gelegenheit nehmen wird, dieser seiner Auffassung auch bei den ihm nachgeordneten Beamten die nötige Geltung zu verschaffen.

Nach Durchführung der Vorarbeiten war die „Deutsche Volksversicherung A. G.“ mit Anfang Herbst des vergangenen Jahres in der Lage, den eigentlichen Geschäftsbetrieb aufzunehmen. Es wurden bis zum 31. Dezember 1913 etwa 10 550 Personen mit einer Versicherungssumme von mehr als 3 300 000 Mark versichert.

Gelbe Rechenkünstler

In letzter Zeit sind auf verschiedenen Werken den Arbeitern Flugblätter in die Lohnbüten gesteckt worden, in denen für die gelben Werkvereine Stimmung gemacht werden soll. Sie sind vom Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie herausgegeben und richten sich hauptsächlich gegen den deutschen Metallarbeiterverband. Die Art und Weise, in der in den Flugblättern die gewerkschaftliche Arbeit zu verkleinern versucht wird, richtet sich aber letzten Endes gegen jede selbständige Gewerkschaftsorganisation.

Um unseren Kollegen zu zeigen, wie die gelben Rechenkünstler oft die ungeheuerlichsten Resultate zustande bringen, sei ein Beispiel aus der Nr. 6 des gelben „Werkvereins“ von diesem Jahre angeführt. Da wird nachgewiesen, daß der deutsche Metallarbeiterverband von jugendlichen Mitgliedern allein in den letzten 5 Jahren 2 1/2 Millionen Mark an Beiträgen eingenommen habe. In Wirklichkeit betragen jedoch diese Einnahmen nur 764 698 M., also ungefähr den vierten Teil der von den Gelben herausgerechneten Summe. Hier liegt entweder eine absichtliche, grobe Täuschung vor, oder die Gelben sind nicht imstande, eine Abrechnung richtig zu lesen. Wie man bei den Gelben zu solchen ungeheuerlichen Resultaten kommt, sei nur an einem Beispiel gezeigt: Im Jahre 1911 sollen 16 024 jugendliche 90 739 Beiträge a 25 Pfg. gezahlt haben, das sind nach dem gelben Rechenkünstler 362 957 M. Während bei uns gewöhnlichen Sterblichen 90 739 mal 25 Pfg. 2 268 M. macht, ist's bei den gelben Zahlenkläubern 362 957 M. 18mal soviel. Wer etwa glaubt, es handele sich um einen Druckfehler, würde bald eines besseren belehrt werden, denn die übrigen Zahlen und Angaben sind ganz genau so unsmutig verrechnet.

So also sehen die Rechenkunststücke und Zahlenzusammenstellungen der Gelben aus. Unsere Kollegen mögen daher derartige gelbe und Reichsverbandsrechnereien auf ihren wahren Wert zurückführen. Wenn die Gelben etwa glauben sollten, mit solchen Rechenkunststücken ihre Sache voranzubringen, sind sie schon gewarnt. Geschäfte, die das Publikum groß täuschen, haben sehr bald Bekanntheit mit dem Konkursverwalter gemacht.

Streiks und Lohnbewegungen

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzufenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Essen-Bergeborbeck. Auf der Zinkhütte in Bergeborbeck bestehen Differenzen.

Lobberich bei Krefeld. Bei der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik Eilm. Schmeß, stehen die Arbeiter wegen Verletzung des Koalitionsrechts im Kampf.

Ahlen (Westf.). Bei der Firma Köterling und Beckmann bestehen Differenzen.

Breslau. Auf der Waggonfabrik Linke-Hoffmann stehen die Arbeiter im Streik.

Duisburg. Auf der Niederrheinischen Hütte sind Differenzen ausgebrochen.

Krefeld. Bei sämtlichen Firmen der Vereinigung Krefelder Elektro-Installationsfirmen stehen die Monteure und Hilfsmonteure wegen Tarifbruch der Arbeitgeber in Rindlung.

Zugzug ist fernzuziehen.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 22. Februar der nächste Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. Februar bis 28. Februar fällig.

Aus dem Verbandsgebiet

Essen. Am 25. Januar fand im großen Saale des Vereinshauses in Essen-West die diesjährige Generalversammlung unserer Ortsverwaltung statt. Die Kollegen waren in stattlicher Anzahl erschienen. Aus dem vom Vorsitzenden Kollegen Hirtfelder erstatteten Jahresbericht ist folgendes zu entnehmen. Die Konjunktur in der Essener Metallindustrie war nicht schlecht. Während das Baugewerbe Essens im letzten Jahre nur zwei Drittel der Beschäftigten des Jahres 1912 aufwies, somit auch der Beschäftigungsgrad in den vom Baugewerbe abhängigen Klein- und Mittelbetrieben der Metallbranche erheblich nachgelassen hat, so war doch die Firma Krupp mit lohnenderen Aufträgen, wenigstens im ersten Halbjahr gut versehen. Rund 41 000 Arbeiter und Beamte sind jetzt auf dem Kruppischen Werken in Essen beschäftigt. Während in den Klein- und Mittelbetrieben die Steigerung unserer Mitgliederzahl nur gering war, stieg dieselbe bei der Firma Krupp um 180. Insgesamt haben wir im verflassenen Jahre 200 Mitglieder zugenommen. Der Zuwachs verteilt sich in der Hauptsache auf diejenigen Sektionen, wo mit dem nötigen Eifer die Agitation, besonders die Hausagitation, betrieben wurde.

Die Hausagitation wurde seitens der einzelnen Sektionen, mit Ausnahme einiger, energisch betrieben. Allein im 4. Quartal wurden 130 Kollegen durch die Hausagitation gewonnen. Die Sektionen Altdorf, Altenessen und Rüttenfeld haben ganz besonders gut gearbeitet, während die Agitation in den übrigen Sektionen manches zu wünschen übrig ließ. Im neuen Jahre haben aber auch die säumigen Sektionen die Hausagitation eingeleitet.

Neuaufnahmen wurden im letzten Jahre 1093 gemacht. Die Fluktuation war ziemlich stark. Rund 450 Kollegen reisten ab oder traten zum Militär ein. Dazu kommen die durch Austritt oder Streichung abgehenden in fast gleicher Zahl. Es muß mehr wie bisher Aufgabe unserer Kollegen sein, die einmal gewonnenen Mitglieder auch zu erhalten.

Das Versammlungsweesen war recht reger. Es wurden abgehalten: 265 Mitglieder-, 321 Werkstätten-, 14 öffentliche Versammlungen und 42 Sitzungen; zusammen 642 Versammlungen und Sitzungen. In den Mitgliederversammlungen wurde fast jedesmal ein Vortrag belehrenden Inhalts gehalten. Die regelmäßig zur letztweissen Ausgabe gelangten Bücher, sorgten für die Weiterbildung unserer Mitglieder.

Bewegungen wurden im vorigen Jahre bei der Firma Krupp und in fünf weiteren Betrieben in Angriff genommen und durchgeführt. In 18 Betrieben bezw. Ressorts der Firma Krupp wurden gewählte Kommissionen unserer Kollegen vorstelltig, zum Teil wegen der ablehnenden Haltung der Betriebsleitungen, bis zum Direktorium. In den meisten Betrieben war unser Vorgehen mit Erfolg gekrönt. Die Schlichtlöse wurden durchweg um 10 bis 50 Pfg. erhöht. Die im Akkord beschäftigten Arbeiter erhielten in mehreren Betrieben eine Aufbesserung von 30 bis 50 Pfg. pro Tag.

Im Durchschnitt haben die an der Bewegung beteiligten Arbeiter — etwa 10 000, eine Lohnerhöhung von 30 Pfg. pro Tag und Kopf erhalten. Dazu kommen in manchen Betrieben noch die Erhöhung der Akkordlöhne; so daß die Bewegungen immerhin einen schönen Erfolg für die Arbeiter gezeitigt haben. Erwähnt muß noch werden, daß der sozialdemokratische Verband — oder besser gesagt, die hiesige Leitung desselben, es ablehnte, mit uns gemeinsam vorzugehen. Da die Bewegung so von Anfang an das Bild der Uneinigkeit an der Stirne trug, kann sich die Arbeiterschaft bei der Eiferner Leitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes dafür bedanken, daß nicht mehr erreicht wurde. Immerhin haben die Bewegungen gezeigt, daß nur durch eine gut geleitete gewerkschaftliche Organisation die Lage der Kruppischen Arbeiter gebessert werden kann.

Auf der Zinkhütte in Bergeborbeck brach am 5. Juni unter den Schmelzern ein wilder Streik aus, der seinen Grund in den unzulänglichen Lohnverhältnissen hatte. Die Arbeiterschaft war nicht organisiert. Nachdem sich die Arbeiter unserem Verbande angeschlossen, nahm der sich der Angelegenheit an und wurden zwei Verbandsbeamte mit einer gewählten Kommission bei der Direktion des Werkes vorstelltig. Der Erfolg blieb nicht aus. Die Schlichtlöse wurden um 40 bis 60 Pfg. erhöht. Für die 140 in Frage kommenden Arbeiter macht das einen wünschlichen Mehrerwerb von 420 bis 450 Mark. Der Erfolg der Arbeiter war aber nicht von langer Dauer.

Nach einigen Wochen ging die Firma dazu über, die Vertrauensleute der Organisation zu maßregeln und nahm dann zugleich eine Verschlechterung der Lohnverhältnisse vor. Verhandlungen mit den Organisationsvertretern wurden abgelehnt. Die norstelltig gemorbenen Arbeiter wurden kurzerhand entlassen und auf dem Werke ein gelber Werkverein gegründet. Die Organisation verhängten darauf über das Werk die Sperre, mit dem Erfolg, daß sofort das Maßregeln eingestellt wurde.

Auf den Prospektbüchern in Bottrop wurde durch das Vorstelligwerden einer von unseren Kollegen gewählten Kommission, für sämtliche Zehnenmetallarbeiter eine Lohnerhöhung von 10 Pfg. pro Tag erzielt. Das macht für 200 Kollegen 5000 M. an Lohnaufbesserung pro Jahr.

Eine bei der Konsumgenossenschaft „Wohlfahrt“ eingeleitete Bewegung endete mit Abschluß eines Tarifvertrages mit dem christlichen Metallarbeiter- und Hilfs- und Transportarbeiterverbande, der den Arbeitern auf Jahre hinaus ein bestimmtes Einkommen sichert.

Im Sommer des Jahres 1913 lief der im Jahre 1910 mit dem Arbeitgeberverband der Heizungsbranche Rheinlands und Westfalens und dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband abgeschlossene Tarifvertrag für das Heizungsgewerbe ab. Der Tarif war damals unter Ausschaltung des christlichen Metallarbeiterverbandes zu stande gekommen.

Wir richteten daher unser Augenmerk durch rege Agitation unter den Heizungsmonturen darauf, bei der im Jahre 1913 einsetzenden Tarifbewegung in der Heizungsbranche ebenfalls vertreten zu sein. Trotz hinterlistiger Bekämpfung und Ausschaltungspolitik seitens des sozialdemokratischen Verbandes gelang es uns, mit dem Arbeitgeberverband einen Tarifvertrag, der für ganz Rheinland und Westfalen Geltung hat, abzuschließen. Die Essener Heizungsfirmen fallen ebenfalls unter die Tarifbestimmungen und haben unsere Kollegen Lohnerhöhungen bis zu 10 Pfennig pro Stunde erhalten. Die Ausschaltungspolitik seitens des sozialdemokratischen Verbandes im Jahre 1910 hat mit dazu beigetragen, daß von da ab im hiesigen Bezirk eine rege Agitation im Kleinergewerbe betrieben wurde, mit dem Resultat, daß wir heute schon in den Kleinbetrieben über bedeutende Mitgliederzahlen verfügen und in den Berufen der Elektromonture und Bauwerkstoffe Tarifverträge abschließen konnten. Auf die Einhaltung dieser Verträge wurde im letzten Jahre großes Gewicht gelegt.

Am Jahreschluß wurde auf der Borkbecker Maschinenfabrik eine Tarifbewegung geführt. Nachdem der im Jahre 1911 abgeschlossene Tarifvertrag sowohl von dem Werke als auch von der beteiligten Organisation gekündigt war, wurde nach mehrmaligen Verhandlungen ein neuer Tarifvertrag, der bis zum Jahre 1916 Gültigkeit hat, abgeschlossen. Neben einer Erhöhung der Stundenlöhne sind noch sonstige Verbesserungen im Arbeitsverhältnisse vorgesehen.

So hat das Jahr 1913 schöne Erfolge für unsere Kollegen gezeitigt. Im Verhältnis zu dem Erreichten steht aber unsere Mitgliederzunahme in keinem Verhältnis. Besonders mühte bei der Firma Krupp ein größerer Zuwachs zu verzeichnen sein. Kollege Hirtfelder forderte am Schluß seines Berichtes die Kollegen auf, im neuen Jahre eifrig für den Verband zu wirken, besonders aber in der Hausagitation ihren Mann zu stellen.

Der Kassenbericht wurde von Kollegen Pabberg gegeben: Die Gesamteinnahmen betragen 89 816,25 Mark. Herausgabte wurde u. a. für Krankenunterstützung 15 022,46 Mark, für Arbeitslosenunterstützung 865,15 Mark, für Unterstützung bei Streiks 790,07 Mark. An die Hauptkasse wurden 48 368,89 Mark gezahlt. Die Bezirkskasse erhielt den Betrag von 8905,70 Mark. Unsere Lokalkasse weist einen Bestand von 1080,15 Mark auf. Nach erfolgter Berichterstattung über unser Kassengebahnen wurde auf Antrag der Revisoren der Verwaltung und dem Vorstande Entlastung erteilt.

Hierauf erstattete Kollege Göde Bericht über die Tätigkeit unseres Arbeitsnachweises. Danach meldeten sich 357 Mitglieder auf unserem Büro arbeitslos. Diese waren insgesamt 3151 Tage arbeitslos. Offene Stellen wurden insgesamt 204 gemeldet, davon 138 von den Arbeitgebern, die übrigen von unseren Kollegen. 167 Kollegen erhielten wieder Arbeit, 102 direkt durch unser Büro, die übrigen 65 durch Umfahrungen. Die überaus große Mehrzahl der offenen Stellen wurden aus dem Bauwerkstoff- und Klempner- und Installateurgewerbe gemeldet. Da es uns an passenden Arbeitskräften, die beim Handwerksmeister gelernt haben, fehlt, konnte manche Stelle nicht besetzt werden. Immerhin ist es im vergangenen Jahre mit unserer Arbeitsvermittlung besser geworden.

Nach erfolgter Vorstandswahl, bei der sämtliche früheren Vorstandsmitglieder mit Ausnahme zweier, die ihr Amt nicht mehr versehen konnten, wiedergewählt wurden, setzte eine allgemeine lebhafteste Aussprache über den Jahres- und Kassenbericht ein, in der noch manche gute Anregung für unsere Arbeit in der Zukunft gegeben wurde. Besonders wurde darauf hingewiesen, daß jede Sektion die Verpflichtung habe, ihre Reihen zu stärken. Das einzige Mittel, um unseren Verband vorwärts zu bringen, sei die Hausagitation. Zum Schluß der Versammlung forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, im Jahre 1914 tüchtig für den Verband zu wirken. Wenn einigermaßen gearbeitet würde, dann könnten wir am Jahreschluß mit einem noch bedeutend günstigeren Resultat vor die Kollegen treten, wie es jetzt der Fall war. Manches sei schon zur Beseitigung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse getan. Der Individualismus müsse bezwungen werden, um weitere Verbesserungen erzielen zu können. Dieses sei jedoch nur zu erreichen durch unermüdete Kleinarbeit. Die sämtlichen Vorstandsmitglieder müßten auferachtet und an ihre Pflicht erinnert werden. Vorwärts immer, rückwärts niemals, müsse die Parole für das Jahr 1914 lauten.

Berbandskollegen! Unsere Generalversammlung hat gezeigt, daß doch schon viel für unsere Kollegen getan worden ist. Viel kann noch erreicht werden. Zeigen wir, daß wir den Aufgaben, die uns bevorstehen, gewachsen sind. Stärken wir unsere Reihen und unsere Kassenverhältnisse, damit, wenn Kämpfe kommen, wir gerüstet dastehen. Also auf zur Agitation für unseren Verband.

Manchmal unsere diesjährige Generalversammlung fand am Samstag, den 7. Februar statt. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht ging hervor, daß das Jahr 1913 im allgemeinen ein Jahr guter Konjunktur war. Nicht so sehr kann man das vom Ausfluge der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen behaupten. Alles, was an Segnern der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland vorhanden war, schloß sich enger als bisher gegen die Bestrebungen des Arbeiterstandes zusammen. Ein Fingerzeig dafür, wie sehr auch sie die Organisation zu schätzen wissen. Die Wirkungen dieser arbeitserfeindlichen Allgewalt zeigte sich bei den verschiedensten Ereignissen des abgelaufenen Jahres im Bereiche unserer Ortsverwaltung. Dennoch vermochte dies den zwar langsamen, aber sicheren Mitgliederanwachsung und die innere Konsolidierung unserer Ortsverwaltung nicht zu hindern.

Am Anfang des Jahres waren 330 Mitglieder vorhanden, am Schluß des Jahres 656. Aufgenommen wurden 312 Mitglieder; aus der Jugendklasse übertraten 43; aus anderen Verbänden übergetreten sind 4; zugewandert und vom Militär zurück sind 147 Mitglieder. Ausgeschlossen und ausgeschieden sind 193 Mitglieder; abgereist sind 189; gestorben 3; zum Militär 39 Mitglieder.

Die Fluktuation war, wie aus diesen Zahlen ersichtlich, äußerst stark und ist nur durch die Wirtschaftslage zu erklären. Dazu kam die mangelhafte Mitarbeit einer großen Anzahl Verbandskollegen, die das ganze Jahr hindurch sich wenig oder gar nicht an der Verbandsarbeit beteiligten und die Verzögerten, Säumigen und mangelmühtigen und gefährdeten Kollegen nicht mit stützen und aufmuntern halfen, und dadurch einen Teil des Mitgliederabganges verschuldeten. Das darf bei den oben geschilderten Umständen, welche heute mehr denn je dem Arbeiter sein Fortkommen erschweren, in der Zukunft nicht mehr zu beklagen sein, wollen die Kollegen nicht später durch Lohneinbuße, Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses usw. selbst den Schaden davon haben.

Die Beitragsleistung gestaltete sich wie folgt: Es wurden verkauft: 116 Eintritts- und 28 530 Beitragsmarken, an Delegiertenmarken wurden 1601 Stück geklebt. Im Jahre 1913 konnten wir einen Durchschnittsbeitrag von 46,80 Mark pro Mitglied verzeichnen. Die Einnahmen aus dem Marktenverkauf betrugen 15 991,10 M. Hinzu kommen 28,20 M. für Broschürenverkauf und 31,55 M. für Sammelgeber. Also hatten wir eine Gesamteinnahme von 16 049,85 M. An Unterstufungen wurden 4380,03 M. ausgezahlt. Die Reiseunterstützung verteilt sich auf 318 durchreisende Kollegen mit 362 Arbeitslosentage; die Maßregelungsunterstützung auf 2 Kollegen mit 18 Arbeitslosentage; die Arbeitslosenunterstützung verteilt sich auf 46 Kollegen mit 1347 Arbeitslosentage; die Arbeitslosentage für nicht unterstützungsberechtigte Mitglieder betragen 322 Tage. Die ausgezahlte Krankenunterstützung verteilt sich auf 105 kranke Kollegen mit 2874 Krankentagen. Die Lokalkasse bilanzierte mit 4787,37 M. in Einnahmen und Ausgaben einschließlich des Lokalkassenbestandes.

Im zweiten Bewegungsjahre waren wir im abgelaufenen Jahre beteiligt. Eine davon, in einer hiesigen Kettenfabrik, führten wir allein und erlangten auf friedlichem Wege einige Zugeständnisse für unsere Kollegen in Form von Akkordlohnserhöhungen. Bei der Spenglerbewegung trat, wie im Verbandsorgan dargelegt wurde, so recht die Gewalttätigkeit des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in die Erscheinung. Es zeigte sich auch bei dieser Bewegung, daß die Arbeitgeber nur allein den Vorteil von diesem Verhalten des sozialdemokratischen Verbandes haben. Denn die anfänglich mit möglichst hohen Forderungen begonnene Bewegung endete, nachdem die Genossen unter Verletzung der Arbeit niederlegten, unter so beschneidenden Zugeständnissen, wie es die Herren niemals geträumt hatten. Es hat sich aber auch gezeigt, daß die Kollegen dem Kleinergewerbe im allgemeinen noch eine viel größere Beachtung schenken müssen. Sonst könnte es nicht vorkommen, daß gelernte Kollegen, die auf christlich-nationalen Boden stehen, sich bei Bewegungen plötzlich als Mitglieder von Organisationen entpuppen, die in der Metallindustrie auch nicht das geringste zu suchen haben, geschweige denn die komplizierten Sachinteressen der Kollegen beim Abschluß von Tarifverträgen und gegenüber dem sozialdemokratischen Verband vertreten können.

An unseren Kollegen liegt es, hier mit für Abhilfe zu sorgen und jede unangebrachte persönliche Rücksichtnahme gegenüber den auf falschen Bahnen wandelnden Kollegen der Bruderverbände ihren Mann zu stellen, und auf die Pflichten gegenüber ihrem eigenen Stand hinzuweisen. Wenn das immer und überall geschieht, werden die Kollegen sich schon auf sich selbst verlassen.

Die Agitation gestaltete sich wie folgt: Es wurden in Bereiche der gesamten Ortsverwaltung 13 öffentliche, 62 Mitglieder-, 78 Werkstatt- und Fabrikarbeiterversammlungen und 21 Vorstands- und Vertrauensmännerfestungen abgehalten. In fast allen Versammlungen wurden Vorträge über die verschiedensten sozialen Tages- und Gewerkschaftsfragen gehalten. Notwendig ist, daß in allen Sektionen die Versammlungen protokollarisch niedergelegt werden, was in Zukunft unter keinen Umständen mehr unterbleiben darf. In den Protokollen wird die Entwicklung unseres Verbandes niedergelegt und sollen diese ein Gradmesser für das Leben der Organisation und ihrer Geschichte sein. Nur unvollkommen werden wir aber späteren Generationen das überliefern, was wir erarbeitet und aufgebaut haben, wenn wir auf die Festhaltung alles dessen nur ein oberflächliches Gewicht legen. Mögen die Kollegen und Sektionsvorstände die es angeht, sich das merken und in Zukunft für Besserung sorgen.

Die Hausagitation wurde wiederholt systematisch und erfolgreich unter Leitung des Vorstandes und der Bezirksleitung betrieben. Es wurden zusammen 485 Adressen gesammelt. Davon wurden 41 nach einmaligem Besuch, 23 nach zweimaligem Besuch und 24 nach zwei- und mehrmaligen Besuchen, bis zu zehn- und zwölffachen Besuchen in Einzelfällen, aufgenommen. Von den gesammelten und zurückgelassenen Adressen waren 52 nicht auffindbar, 16 in anderen Verbänden und nicht über-trittsbereit oder geeignet, 8 organisationsunfähig und 31 organisationsfeindlich entweder aus Egoismus oder aus Gründen der schlechten Erfahrungen bei non sozialdemokratischer Seite in-junkten und verlorenen Streiks vergangener Jahre.

Rund 40 Mitglieder wurden in Mitglieder-, Werkstatt- oder öffentlichen Versammlungen aufgenommen.

An der Hausagitation beteiligten sich 24 Kollegen. Davon 6 regelmäßig und 18 nur gelegentlich ein oder mehrere Male.

Wäre die Zahl der Kollegen und der Eifer noch größer gewesen, dann hätten wir bestimmt noch mehr Erfolge zu verzeichnen gehabt. Der Vorstand erwartet, daß es im neuen Jahre noch bedeutend besser wird und daß jeder Kollege seine Pflicht tut. Zumal die gemachten Erfolge beweisen, daß die Hausagitation geradezu ein Wundermittel ist, wo alle andern agitatorischen Mittel versagen. Geizigkeit zum Adressensammeln und anspähen, findet sich im Arbeiterleben überall und jeden Tag. Nur ist es notwendig, daß möglichst alle Kollegen neben ihrer Berufstätigkeit mehr ihre Gedanken auf ihre Pflichten gegen sich selbst, ihre Organisation und Mitkollegen konzentrieren, erstall in den freien Stunden monatlich nur dem Vergnügen, welches doch nur am Arbeiterstand kommen geht, nachgehen.

Hoffentlich beherzigen die Kollegen aller Sektionen in der abgelaufenen wirtschaftlich ersten Zeit, welche den Anfang des Jahres 1914 charakterisiert, diese dringend notwendigen Ermahnungen und handeln darnach. Dann wird es auch in diesem Jahre weiter vorwärts gehen, getreu dem Grundsatz: „Vorwärts immer, rückwärts niemals.“

Wenden. Aus dem umfangreichen Jahresbericht, den Kollege Steinbocker in der am 1. Februar stattgefundenen Generalversammlung erstattete, sei entnommen: Das Jahr 1913 sollte das Entscheidungsjahr sein für das Bestehen oder Nichtbestehen der gewerkschaftlichen Organisation in Wenden. Ich will keine Organisation in meinen Betrieben. Ich will Ruhe und Frieden haben in meinem Betriebe.“ Das war das Motto des Arbeitgeberverbandes für Wenden und Wegweiser zur Aussperrung, nachdem einige Leute um etwas mehr Lohn usw. eingekommen waren. Der Arbeitgeberverband feierte, als er sah, daß es

seinem Vorhaben allein nicht gelang, die Organisation, der Arbeiter, den christlichen Metallarbeiterverband, zu zertrümmern. Die Arbeitgeber haben nun auch alles getan zur Unterdrückung der Arbeiter, was sie konnten. Sie haben, wie sich nachträglich herausstellte, sich dabei selber schwer geschadet. Es sei nur daran erinnert, das ein Werk, das über 60 Mann beschäftigte, noch eine Zeitlang seinen Betrieb aufrecht erhalten konnte, aber gar bald Arbeiterentlassungen vornehmen mußte, und gezwungen war, den Betrieb vollständig zu schließen. Auch anderen Arbeitgebern soll es zum Bewußtsein gekommen sein, daß es eigentlich Unsinn war, die Arbeiterschaft auszusperrern. Die Arbeiter und ihre Organisation gingen geflücht aus dem Kampfe hervor, und die Unternehmer mußten die Rechte der Organisation anerkennen.

Die Arbeiter und ihre Organisation hatten entsprechend ihren Erfahrungen die Situation erkannt und waren genau unterrichtet, wie schwer der Kampf werden könnte und wie gekämpft werden mußte. Und mit der alten überall bewährten Westfalentreue hat die Arbeiterschaft volle 26 Wochen ausgeharrt und nicht locker gelassen, bis neben anderem die Organisation geflücht war. Was war das Resultat der Kräfte-messung und des Vorhabens der Arbeitgeber? Punkt 3 der Einigungsbedingungen gibt uns darüber Aufschluß. Er heißt: „Die Arbeiter werden wieder eingestellt. Maßregelungen finden nicht statt. Die Zugehörigkeit oder der Beitritt zur Organisation soll keinem Arbeiter verweigert werden.“

Wenn auch heute noch einige Arbeitgeber glauben, an dem Zerwürfwerk der Organisation arbeiten zu müssen und mit Kassen-einrichtungen die Arbeiter ködern wollen, wie es tatsächlich bei R. u. G. Schmöle vorkommt, so werden auch sie elafehen müssen, daß man denkende Arbeiter nicht damit fängt. Auch wird es dem Werk nicht gelingen, mit seiner junderbaren Jugendpflege die Organisation aus dem Betriebe zu halten. Vernünftige Arbeitgeber denken heute ganz anders und finden sich mit der Organisation ab. Unterm 31. Januar d. J. lief auf unserem Büro ein Schreiben von einem Arbeitgeber ein, in welchem der letzte Passus wie folgt lautet:

„Falls jemand bei Ihnen über mich Beschwerde macht, wollen Sie bitte, wie geschieht, an mich herantreten, wofür ich Ihnen bestens danke.“

Die Arbeiterschaft ist während der Kampfperiode auch nicht von großen äußeren Schwierigkeiten verschont geblieben. Es sei nur daran erinnert, daß im Laufe der Aussperrung ein Werk von über 150 Mann vollständig stillgelegt wurde. In Wieda wurden ebenfalls 2 Betriebe stillgelegt. Ein guter Teil dieser Leute hat sich verletzen lassen und auf den gesperrten Werken Arbeit angenommen. Hinzu kam die Hege des „Westfälischen Telegraphen“ und der Sozialdemokratie. Es steht wohl in der Gewerkschaftsbewegung einzig da, daß Gewerkschafts-beamte ihre Leute anweisen wollten, Streikbrecherdienste zu verrichten, wie es von den Genossen gesehen ist. Tatsächlich sind auch die meisten Mitglieder des roten Verbandes nach eini- Wochen wieder in die Betriebe hinein gegangen. Es ist sogar festgestellt worden, daß Mitglieder des roten Verbandes in Hülle und Fülle in Wenden während der Aussperrung angefangen haben.

Genosse Hoffmeister hat mittlerweile den Staub Hferlohns von seinen Füssen geschüttelt, er hatte abgewirtschaftet.

Trotz all dieser großen Schwierigkeiten, die den Arbeitern bereitet wurden, haben sie nicht locker gelassen. Und was war der Erfolg? 221 Kollegen erhielten fällige Lohnerhöhung von 10 Pfg. bis 3 Mark. Der wöchentliche Mehrverdienst beträgt für sie 472,50 Mark und auf das Jahr umgerechnet macht das 23 570 Mark. Wahrscheinlich eine schöne Summe, die sich die Kollegen durch ihr tapferes Standhalten erstritten haben.

Nun finden wir aber auch auf der anderen Seite, daß einige Kollegen vorhanden sind, die heute etwas weniger verdienen, wie vor der Aussperrung. Wie kommt das? Dieses ist keine direkte Folge der Aussperrung. Vielmehr ist es auf den wirtschaftlichen Niedergang, der sich sofort nach der Bewegung bemerkbar machte, zurückzuführen. Weil nur 13 Kollegen hierüber Angaben gemacht haben, können wir darüber kein genaues Bild geben.

Alles in allem genommen, ist die Kollegenschaft mit dem Ausgang des Kampfes zufrieden. Wir wollen damit nicht gefagt haben, daß alles erreicht ist. Es bleibt uns noch manche Frage zu lösen übrig. Aber auch das eine muß gesagt werden. Mit neuem Mut und unerschütterlichem Vertrauen zu ihrer Organisation zum christlichen Metallarbeiterverbande ist die Arbeiterschaft aus dem Kampfe hervorgegangen. Sie hat ihren Verband schätzen und lieben gelernt und in diesem Bewußtsein wird sie festhalten an der Organisation, trotz aller Hindernisse, trotz der Sozialdemokratie, die sich so gerne Eingang in Wenden verschafft hätte, aber wie betrübte Arbeitgeber abziehen mußte. An dieser ihrer Organisation wird die Arbeiterschaft festhalten.

Im Jahre 1913 sind rund 134 000 Flugblätter verteilt worden. Versammlungen haben stattgefunden: öffentliche 29, Mitgliederversammlungen 110, Werkstattversammlungen 289, Vorstands- und Vertrauensmännerfestungen 94.

Es wurden Unterstufungen ausgezahlt: von der Hauptkasse: Reize 40 Mark, Maßregel 75 Mark, Streikunterstützungen 181 204,06 Mark, Umzug 65 Mark, Krankenunterstützung 1161,36 Mark, Arbeitslosenunterstützungen 3288,54 Mark, Sterbegeld 105 Mark, Militär 17,50 Mark. Zusammen Ausgaben: 198 650,27 Mark. Die Einnahmen inklusive des Anschusses von der Zentrale beliefen sich auf 215 278,75 Mark.

Die Lokalkasse hatte 13 084,82 Mark Ausgaben. Die Einnahmen beliefen sich auf 13 655,30 Mark. Bestand der Lokalkasse 570,48 Mark.

Eine ganze Reihe Kollegen sind nach der Aussperrung aus der 60 Pfg.-Klasse in die 80 Pfg.-Klasse übergetreten. Auch sind einige Kollegen aus der 80 Pfg.-Klasse in die 1,10 Mark-Klasse übergetreten.

Wie aus dem Kassenbericht hervorgeht sind den Kollegen mehr als 6700 Mark an Kranken-, Arbeitslosenunterstützung, Sterbegeld usw. im verfloffenen Jahre zugeflossen. Die Zahl der Solidaritätsgelder ist um ein kleines zurückgegangen, die Zahl der Jugendlichen dagegen ist gestiegen. Das Jahr 1914 wird uns manche Arbeit bringen, die zu lösen unser aller Aufgabe ist.

In der Diskussion, die sich an den Geschäftsbericht angeschlossen wurde auch von den Vertretern der Sektionen hervorgehoben, daß sie im Jahre 1913 vielfach ihre Pflicht in bezug auf Organisation und Agitation nicht ganz erfüllt hätten. Das Ver-zämte solle aber im Jahre 1914 mit doppeltem Eifer nachgeholt werden. Kollege Köster hob hervor, daß, wenn alle Sektionen mit diesen Vorfällen in die Werbearbeit eintreten und durchhalten würden, uns das neue Jahr einen gewaltigen Schritt vorwärts brächte.

Erst vorgestern wurde die Jugendfrage noch behandelt und erwähnt, daß wir alle auch hier unsere Pflicht tun müßten. Wir wollen die jugendlichen Kollegen nicht als

junge Jungen behandeln, sondern bedenken, daß die Jugendlichen einstens in unsere Fußstapfen treten und ebenso arbeiten sollen zum Wohle des Arbeiterstandes. Wollen wir einen genügenden Einfluß beim Arbeitsverhältnis gewinnen, so muß der jugendliche Kollege mit uns einig und in der Organisation sein. Kollegen der Ortsverwaltung Menden. Wir haben eine Organisation und kennen sie auch. Schwere Stunden waren uns beschieden. Die Organisation war uns nicht nur ein guter und liebevoller Berater, sie war uns die mächtigste Stütze in unserer schweren Krise. Durch unsere Organisation sind wir stark geworden. Bauen wir sie weiter aus. Kein Regen und kein Sonnenschein soll uns abhalten, sie zu stärken. Kein Arbeitgeber, kein Sozialdemokrat, kein Quertreiber soll uns von unserer gerechten Sache abhalten. Drum an die Arbeit!

Dortmund (Ortsverwaltung.) Während aus den verschiedensten Bezirken Deutschlands Nachrichten über große Arbeitslosigkeit Beunruhigung erwecken, kann hier von einem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang nicht gesprochen werden. Die hiesigen Werke hielten fast durchweg ihre Arbeiterzahlen auf der Höhe, teilweise wurde auf größeren Betrieben sogar noch mit Überstunden gearbeitet. Nur das Baugewerbe, dieses allerdings in sehr starkem Maße, erleidet eine Einschränkung. In Dortmund besteht bereits eine starke Wohnungsnot. Bei der alljährlich am 1. Juni stattfindenden Zählung der leerstehenden Wohnungen wurden gezählt: 1910 leerstehende Wohnur in 999, gleich 2,18 Prozent, des Gesamtwohnungsbestandes, 1911 rund 700, gleich 1,48 Prozent, 1912 rund 500, gleich 1,01 Prozent und 1913 nur noch 201, gleich 0,40 Prozent des Gesamtwohnungsbestandes. Auf diesen Umstand der geringen Bautätigkeit ist es in der Hauptsache zurückzuführen, daß es im vergangenen Jahre nicht möglich war, unsere Mitgliederzahl zu steigern, da das Kleingewerbe durch die geringe Baukunst in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Die Agitationsstätigkeit war eine äußerst lebhaft. Es wurden 768 Mitglieder neu aufgenommen, 28 traten aus anderen Verbänden zu uns über, 100 reisten von auswärts zu. Leider war auch ein großer Abgang von Mitgliedern festzustellen. Den 100 Zugereisten stehen 360 Abgereiste gegenüber. Auf die Erhaltung einmal gewonnener Mitglieder muß im laufenden Jahre besondere Wert gelegt werden. Die größten Erfolge in der Gewinnung neuer Mitglieder brachte die Hausagitation. Leider drücken sich einzelne Sektionen trotz der guten Resultate noch immer an der energielosen Durchführung derselben herum.

Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen 1796,75 Mark mehr als im Vorjahr; auch konnten 19 496,33 Mark, gegen 18 116,40 Mark des Vorjahres an die Zentralkasse abgeführt werden.

In Versammlungen fanden statt: 5 öffentliche; 194 Mitglieder-, 151 Betriebsversammlungen und 126 Vertrauensmännerversammlungen. Die beiden freigestellten Kollegen nahmen im vergangenen Jahre an 579 Versammlungen und Sitzungen teil. Der Versammlungsbesuch seitens der Mitglieder ließ mit wenigen Ausnahmen sehr zu wünschen übrig. Ein Besuch von zirka 20 Prozent ist ungenügend. Hier muß unbedingt eine Wendung zum Besseren eintreten. Ein Mitglied, das jahraus, jahrein keine Versammlung besucht und wahrscheinlich auch das Verbandsorgan nicht liest, verliert auf die Dauer das Interesse an der Organisation und fällt, wie das Laub im Herbst, bei dem kleinsten Anlaß von der Organisation ab.

Die Agitation wurde gefördert durch die Verteilung von 24100 Flugblätter. Außerdem wurden im Büro 17 000 Handzettel hergestellt.

Wir beteiligten uns recht kräftig an den sozialen Wahlen, die durchweg gute Resultate zeigten. 71 Mitglieder unserer Ortsverwaltung wurden als Ausschußmitglieder oder Vorstandsmitglieder in die verschiedenen Krankenkassen gewählt. Wo vielleicht infolge der zahlreichen Wahlen etwas verkümmert wurde, muß die bei den nächsten Wahlen nachgeholt werden.

Am Streiks und Bewegungen waren wir an 17, mit 232 Mitglieder beteiligt. Davon endeten 10 mit vollem, 5 mit teilweisem und 2 ohne Erfolg. Für die beteiligten Mitglieder wurden namhafte Verbesserungen erreicht.

Die Verwaltung war bestrebt, die Lokalkassenausgaben mit Erfolg zu verringern. Im Jahre 1910 betrug dieselbe pro Mitglied 3,92 Mark; im Jahre 1911 3,62 Mark; im Jahre 1912 3,46 und im Jahre 1913 nur 2,86 Mark.

Mit Bedauern müssen wir auch für unsere Ortsverwaltung feststellen, daß ein großer Prozentjah unserer Mitglieder wohl ihre Beiträge bezahlen, aber keinen tätigen Anteil an der Verbandsarbeit nehmen. Die Erfolge des vergangenen Jahres waren bedeutend größer, wenn sich alle Kollegen, jeder nach seinen Kräften und an seiner Stelle in den Dienst unserer Organisation gefiel hätten. Mögen diese Zeilen den Exzen und Lässigen das Gewissen schärfen. Dreißigtausend Metallarbeiter stehen hier noch der Organisation fern. Diese zu einem guten Prozentjah für unsere Organisation zu gewinnen, ist die Aufgabe, die uns gestellt ist. Hier darf keiner unserer Mitglieder zurückbleiben. Deshalb Kollegen der Dortmunder Ortsverwaltung! In die Arbeit, die Pflicht ruft!

Amberg. In unseren Sektionen hat überall die Generalversammlung stattgefunden. Am 1. Februar fand dieselbe in Amberg statt und war gut besucht. Aus dem Jahres- und Geschäftsbericht, welchen Kollege Heilig erstattete, sei folgendes angeführt: Im Jahre 1912 hatten wir eine gute Konjunktur. Am Jahreschluß 1913 können wir nicht so günstig über die Konjunkturerhältnisse berichten. In allen Werken der Metallindustrie der Oberpfalz hat der gute Geschäftsgang nachgelassen. Die Eutpolshütte Amberg entließ im 2. Vierteljahre gegen 200 Arbeiter, das Emailierwerk Baumann 300 Arbeiter und nahm außerdem ein halbes Jahr keine Einstellungen mehr vor. Wie die Besizer in einer Unterredung mitteilten, ist dadurch die Arbeiterzahl abermals um 200 Personen zurückgegangen. Das Emailierwerk Hofelmühl arbeitete eine Zeitlang nur halbe Tage und das Hüttenwerk Bodenwöhr arbeitet die Woche nur 5 volle Tage. Ueber schlechten Geschäftsgang klagte außerdem Weiskammer. Nur auf der Maghütte wird der Betrieb noch voll aufrecht erhalten.

Das alles war auch auf den Fortschritt der Verwaltungsfelle nicht günstig. Wenigstens haben wir den Fortschritt von 1912 nicht zu verzeichnen. 1912 schlossen wir mit 779 Mitgliedern ab, 1913 sind es 943 Mitglieder. Wenn ein Fortschritt in Mitgliederzahl und Kassenerhältnissen gebucht werden konnte, so ist das zunächst auf die Hausagitation zurückzuführen, welche von den Kollegen fleißig betrieben wurde und darauf, daß wir einen guten Stamm Einkassierer haben. Bei letzterem könnte es noch etwas besser sein. Es wurde ein Markendurchschnitt von knapp 12 Mark pro Kopf und Vierteljahr erzielt.

Eines aber werden gar manche Kollegen aus dem letzten Jahre lernen. Wir haben uns der Arbeitslosen angenommen. Wir konnten ihnen zum Teil Arbeit, zum Teil Unterstützung

zukommen lassen. Beim Uebergang ins Jahr 1914 unterstützten wir 36 Arbeitslose und 13 kranke Kollegen. Es meldeten sich auch noch Kollegen arbeitslos, die sich nicht mehr um den Verband kümmern oder aus sonstigen Gründen ausgetreten waren. Wir konnten sie wegen ihrer rückständigen Beiträge nicht mehr berücksichtigen.

Wir gehen ins neue Jahr mit frischem Blick. Wenn alle Kollegen ihre Pflicht tun, wenn sie wieder so mithelfen, dann wird's auch im neuen Jahre gut gehen. Zum mindesten werden wir unseren Stand halten. In der Jugendfrage sind wir noch nicht befriedigt. Das muß nachgeholt werden. An der Leitung soll es nicht fehlen. Bei einem großen Teil der Mitglieder muß es im Versammlungsbesuch usw. besser werden.

In diesem Jahre hatten wir zunächst die Aufbesserung der Löhne der staatlichen Hüttenarbeiter von 20 Pfg. pro Tag zu verzeichnen. Durch mühevollen Arbeit war diese Summe herausgeholt worden. Für die Arbeiter, welche im Laufe des Jahres erst 18 Jahre alt wurden, bedurfte es noch einer Eingabe bis an die königliche Generaldirektion, ehe die Neuregelung durchgeführt wurde.

Beim Beamtenwechsel sind manche Wünsche der Arbeiter in den Staatsbetrieben erfüllt worden. Zum Teil ist aber auch heute noch nicht alles wie es sein soll. In Amberg-Heuern erstellten die Kollegen 10 bis 20 Pfg. Aufbesserung pro Tag und Kopf. Bei der Aufbesserung in den Staatswerken kommen etwa 1400 Arbeiter in Frage, in Heuern gegen 60 Mann. Davon sind 50 Prozent im Verband.

In Amberg gelang es, am Hochofen für die Akkordarbeiter eine Vereinbarung zu schaffen, in welcher den Arbeitern feste Preise zugestanden wurden. Es kamen gegen 20 Arbeiter in Frage, von denen nur einer nicht bei uns organisiert war. In den Emailierwerken konnte nichts erzielt werden, weil die Arbeiter es veräußert hatten, sich genügend zu organisieren. In der Maghütte ließen wir die Gelben vorangehen. Damit sollte dem Vorwurf begegnet werden, als komme alles von selbst. Die Gelben machten eine Eingabe und verlangten 50 Pfg. pro Tag Zulage. Die Eingabe wanderte in den Bavierkorb. Auf Antwort warten die Gelben heute noch. In einer Reihe anderer Werke gelang es, durch Vorstellwerden unseres Verbandsbeamten Vorteile für die Kollegen heraus zu holen. Einige Eingaben harren noch der Erledigung. Die Bodenwöhrer Arbeiter warten schon lange auf eine Schutzhütte auf ihrem Bahnhof. Sie soll jetzt gebaut werden. Es gelang uns außerdem, den Kollegen vom Hochofen in Amberg das Wahlrecht zum Gewerbegericht, was ihnen bis jetzt vorenthalten worden war, zu erlangen. In der Knappschafskasse werden vom ersten Januar 1913 80 Prozent der Beiträge vergütet. Ein alter Wunsch unserer Kollegen wurde dadurch erfüllt.

Petitionen wurden eingereicht: eine in der Knappschafskasse, eine für die Militärarbeiter und eine folgt noch für die staatlichen Hüttenarbeiter. Bei den Wahlen zu den Krankenkassen hatten wir durchweg Erfolge zu erzielen. Den neu gewählten Kollegen harret gar manche schwierige Arbeit. Es muß manches nachgeholt werden, was jahrelang nicht geschehen ist. Das neue Jahr bringt neue Arbeit. In allen Werken haben es die Leiter verstanden, die schlechte Konjunktur zu ihrem Vorteil auszunutzen. Durch die Lähmung vieler Kollegen konnte nicht so vorgegangen werden, wie es notwendig war. Eine ganze Reihe Lohn- und Akkordabzüge wurden vorgenommen. Das ist auszuweichen, sobald die Konjunktur wieder besser wird. Sollen aber Erfolge erreicht werden, dann müssen unsere Kollegen sich hüten, persönliche Streitigkeiten ins Verbandsleben hinein zu tragen. Die Vorgesetzten nutzen diese Schwäche der Arbeiter nicht schlecht aus.

Unsere Gegner, besonders die Roten, haben im letzten Jahr Großes geleistet. Die Antwort haben wir ihnen prompt gegeben. Die „Blutapfelinen“ haben auch im letzten Jahre nichts unternommen, um der Arbeiterschaft zu helfen, im Gegenteil, wo sie können, werfen sie den organisierten Arbeitern Knüppel zwischen die Beine.

Die Kassenerhältnisse gestalten sich folgendermaßen: 1912: Einnahmen der Hauptkasse 14 882,75 Mark, Ausgaben 7070,35 Mark, Ueberschuß 7812 Mark; 1913: Einnahmen der Hauptkasse 19 589,30 Mark, Ausgaben 8463,70 Mark, Ueberschuß 11 124 Mark. Die Ausgaben der Hauptkasse setzen sich zusammen aus folgenden Posten: Reisegeld 36 Mark, Umgang 77 Mark, Krankenunterstützung 3897,89 Mark, Arbeitslosenunterstützung 1130 Mark, Notfall und Militärunterstützung 77 Mark, Sterbegeld 230 Mark, an die Lokalkasse wurden abgeführt 2837,12 Mark. Lokalkassenbestand Ende 1912 554,51 Mark, Bestand 1913 1200,25 Mark. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 5765,14 Mark; die Ausgaben 5119,10 Mark. An die Presse wurden 64 Artikel gesandt, die zum Abdruck kamen. Das Verhältnis zur Presse hat sich gegen das Vorjahr gebessert. Die Artikel waren zur Aufklärung, Verteidigung und Kritik geschrieben.

36 Kollegen konnten im letzten Jahre Arbeit nachgewiesen werden. Gelehrte Arbeiter waren nicht genügend vorhanden, um alle Stellen zu besetzen.

Steuersachen wurden 38 erledigt. Zum Teil handelt es sich um Aufklärung, zum Teil um Reklamationen, bei welchen auch der künftige Erfolge nicht ausbleibt.

Sonstiger Rechtschuh: Gesuche 15 Stück, Barerfolg 236,68 Mark, Unfall usw. 57, Barerfolg 8293,58 Mark, Sonstiges 23 Stück, Barerfolg 2305,25 Mark. Es sind also 95 Rechtschuhfälle mit einem Barerfolg von 10935,51 Mark zu verzeichnen. Dazu muß gesagt werden, daß es noch mehr sein könnte, wenn manche Kollegen die Berufungsfrist nicht hätten verstreichen lassen und andere die Heilbehandlung verzögert hätten. Alles das ist zum Nachteil für sie.

Unterstützt wurden: 169 kranke Kollegen und 39 arbeitslos. An Verhandlungen, Versammlungen, Sitzungen usw. wurden abgehalten: Verhandlungen mit Arbeitgebern oder Behörden 17. Öffentliche Versammlungen 28, Mitgliederversammlungen 58, Belegschaftsversammlungen 51, sonstige 112, mit anderen Verbänden und Vereinen 28. Der Besuch der Mitgliederversammlungen ließ zu wünschen übrig. Einladungen kamen zur Verteilung: Selbst hergestellte 6071 Stück, gedruckte 11 650 Stück, für andere Verbände: 1224 Stück. Sektionen haben wir in Amberg, Sulzbach, Rosenbergr, Bodenwöhr und Weiskammer.

Wir haben im letzten Jahr zum Vorteil für unsere Kollegen gearbeitet. Befriedigt können wir aber noch nicht sein. Es gilt noch manches zu erringen. Auch auf anderen Gebieten müssen wir eingreifen, Arbeitslosenversicherung, Feuerung usw. Dazu ist die Hilfe der Kollegen notwendig. Dank allen, die im letzten Jahre so selbstlos mitarbeiteten. Sie haben ihre Pflicht getan, für sich, ihre Familien und andere. Mit neuem Mut ins neue Jahr. Trotz alledem muß uns das Jahr 1914 wiederum einen Fortschritt bringen. Alle Mann an Bord.

Bei den folgenden Wahlen traten nur wenig Wenderungen ein. Sonstige Aussprache hielt die Kollegen noch längere Zeit beisammen.

Auch in den Sektionen Rosenbergr, Sulzbach, Bodenwöhr und Weiskammer herrscht reges Leben, die Generalversammlungen nahmen einen guten Verlauf. Kollegen der Verwaltungsstelle Amberg, faßt alle an. Was sich uns in den Weg stellt, muß niedergegangen werden. Wenn alle mithelfen, dann ist der Sieg auf unserer Seite.

Stolberg-Düren. Die Ortsverwaltung Stolberg-Düren hielt am 1. Februar in Stolberg ihre zahlreich besuchte Jahresgeneralversammlung ab. Dem vom Kollegen Schümmler erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß der augenblickliche Stand der Ortsverwaltung gut ist. Die Gesamteinnahmen betragen im Berichtsjahr 34 191,43 M. Ihnen stehen 22 207,45 M. Ausgaben gegenüber. An Unterstützungen wurden allein 12 039,75 Mark ausgezahlt. Davon entfallen auf Streikunterstützung 5047,31 M. Leider muß festgestellt werden, daß ein großer Teil dieser Unterstützungssumme an Elemente ausgezahlt wurde, die sich ihrer unwürdig erwiesen. Ein Teil, der mehr wie 130 Mark an Streikunterstützung bezogen hatten, kehrten nachher dem Verbands den Rücken. Dieses sagt uns, daß wir uns vorher die Leute gründlich mustern, ehe wir mit ihnen in einen Kampf eintreten. Es erkrankten und bezogen Unterstützung 165 Mitglieder, im Durchschnitt erhielt jedes Mitglied 27,19 Mark Krankenunterstützung. Es wurden arbeitslos und bezogen Unterstützung 27 Mitglieder, jeder von ihnen erhielt durchschnittlich 22,00 M. Arbeitslosenunterstützung. Es meldeten sich 12 durchreisende Mitglieder, jeder von ihnen erhielt im Durchschnitt 2,25 M. Reiseunterstützung. Unter den 165 erkrankten Mitgliedern sind 30 Hüttenarbeiter, die insgesamt 1639,50 M. Unterstützung bezogen. Die meisten bei den Hüttenarbeitern vorkommenden Krankheiten sind Rheumatismus und Magenleiden.

Die durchschnittliche Beitragsleistung war in den einzelnen Quartalen wie folgt: 11,72; 11,94; 11,82 und 11,68. An Versammlungen fanden statt: 16 öffentliche, 92 Mitgliederversammlungen, 149 Werkstattoversammlungen, 76 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen und 102 sonstige Sitzungen und Besprechungen. An aufklärenden Flugblättern wurden verteilt 74 000 Stück; an sonstigen Flugblättern und Versammlungseinladungen 13 750 Stück; Rundschreiben und Einladungen wurden hergestellt 5565 Stück.

Im Verlauf des Berichtsjahres wurden die Sektionen Lendersdorf und Münsterbusch neu gebildet. Die erstere trennte sich von Düren, die zweite von Stolberg ab. Die Mitarbeit in der Agitation ließ in den meisten Sektionen viel zu wünschen übrig. Man hat diese Arbeit meistens nur dem Beamten überlassen. Es hat sich aber herausgestellt, daß man in den Sektionen, wo man mitgearbeitet hat, auch vorwärts gekommen ist. Die Sektion Röhre steigerte durch eine systematische Hausagitation ihre Mitgliederzahl von 26 auf 58. Die Sektion Lendersdorf erhöhte die Mitgliederzahl seit ihrem Bestehen von 69 auf 100. Die Sektion Münsterbusch hat zwar die Hausagitation beschaffen, aber nicht erfolgreich durchgeführt, weil die meisten Kollegen versagten. Trotzdem hatten die wenigen, die gearbeitet haben, Erfolg zu verzeichnen. Beschämend müssen demgegenüber die Sektionen zurückstehen, die das ganze Jahr keine einzige Aufnahme zu verzeichnen hatten. Bei letzteren hat es am guten Willen gefehlt. (Diese Säumnigen sollten ruhig mit Namen genannt werden. Red.) Wo man den Willen zeigte, vorwärts zu kommen, da ist es auch gelungen.

Das abgelaufene Jahr war für unsere Ortsverwaltung ein Jahr des Kampfes und der steten Beunruhigung. Schon zu Anfang des Jahres wurden wir gezwungen, bei der Firma Brym in Stolberg einen heftigen Kampf um das Koalitionsrecht zu führen. Die Firma versuchte durch Weiskammergratifikationen in den Jahren 1911 und 1912 die Arbeiter von dem Weg der Selbsthilfe abzuhalten. Auch führten mehrere Entlassungen und Lohnabzüge nicht zu dem gewünschten Erfolg. Die Arbeiter blieben trotz alledem der Organisation treu. Was aber nicht durch Wahlzettel und Schikanierungen erreicht werden konnte, versuchte die Firma durch Gewalt zu erreichen, indem sie am 7. Januar 4 Kollegen unseres Verbandes maßregelte. Ein großer Teil der Arbeiter legte darauf am 8. Januar die Arbeit nieder, sie hätten den Kampf gewonnen, wenn die Hirsch-Dunker nicht durch den schändlichen Treubruch die Arbeiter veraten hätten. Das Verhalten der Hirsche wurde in der Arbeiterschaft und in der breiten Öffentlichkeit als Verrat an der Arbeiterschaft gekennzeichnet.

Bei anderen Firmen schien das Vorgehen der Firma Brym insofern Schule gemacht zu haben, indem man auch da mit allen Mitteln gegen den christl. Metallarbeiterverband kämpfte. Besonders hervortraten sich Hirsch in Lendersdorf, Neuman in Eschweiler und Erkens in Niederzau. Aber all diese Schikanierungen haben nicht vermocht, unseren Verband wesentlich zu schädigen. Am Schlusse des Jahres musterten wir 800 Mitglieder. Der christliche Metallarbeiterverband wird sich im Stolberger, Eschweiler und Dürener Bezirk durchsetzen und zum Gegen der gesamten Metallarbeiterschaft arbeiten. Daß wir dazu in der Lage sind, beweist die sehr gut verlaufene Tarifbewegung bei der Firma Andreas Kufferath in Mariaweller. Im Verlauf des Frühjahres wurde dort der Tarif für annähernd 200 Arbeiter und Arbeiterinnen erneuert. Neben anderen wichtigen Vorteilen brachte die Tariferneuerung den Arbeitern Lohn erhöhungen bis zu 1200 M. jährlich. Dieses war aber nur möglich, weil die Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Betriebes mit wenigen Ausnahmen alle unserem Verbands angehören. Das letztere soll uns als Beispiel dienen für das Jahr 1914. Wir wollen mit Mut und Ausdauer für unsere gute Sache weiter arbeiten, wir wollen uns alle freiwillig als Mitstreiter und Mitarbeiter in den Dienst des Verbandes stellen und mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln solange arbeiten, bis wir unser Ziel erreicht haben. In diesem Sinne rufen wir allen Kollegen ein Glückauf zur neuen Arbeit zu. F. S.

Düsseldorf. Die hiesige Ortsverwaltung hielt am Sonntag, den 8. Februar, in dem bis auf den letzten Platz besetzten großen Saale des Pauluskafes die Jahresgeneralversammlung ab. Eingangs teilte Kollege Leupke mit, daß von dem im Dezember vor. J. herausgegebenen Fragebogen nur 1225 Stück ausgefällt auf der Geschäftsstelle abgeliefert seien. Es muß erwartet werden, daß alle Verbandsmitglieder den Fragebogen ausfüllen und abliefern.

Jahresbericht. In Bewegungen zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen war das vergangene Jahr besonders reich. Kaum war der sozialdemokratische Uebermut in Hilden bei der Firma Poncelet gebrochen, so man versucht hatte, durch einen Streik, — wie später im Prozeß gegen den sozialdemokratischen Beamten Marx gerichtlich festgestellt wurde, der letzterem dazu außer den Kosten zweihundert Mark Geldstrafe einbrachte, — zwei christlich organisierte Mitarbeiter brotlos zu machen, da begann auf der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik eine einseitig vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverbande inszenierte Bewegung zwecks Verkürzung

der Arbeitszeit. Die Leitung des christlichen Metallarbeiterverbandes wurde ausgeschaltet, jedoch die christlich organisierten Arbeiter des Werkes folgten den roten Sirenenrufen nicht. Die Gewerkschaftssozialisten erreichten nichts, während es der christlichen Arbeiterschaft gelang, durch eine Eingabe eine Lohnerhöhung für etwa 300 Arbeiter im Gesamtbetrag von 25 000 Mark und Zuschläge für Überstunden zu erreichen. Später wurde den sozialdemokratischen Beamten von ihren eigenen Mitgliedern die Schuld an diesen Vorgängen in unzweideutiger Art unter die Nase gerieben.

In gemeinsamen Bewegungen war der Streik auf dem Emailwerk „Athena“ wegen Lohn- und Akkordforderungen und Arbeitszeitverkürzung zu verzeichnen. Leider ging dieser Kampf verloren. Dies war nicht Schuld der beteiligten Arbeiter, die ein musterhaftes Verhalten an den Tag legten, sondern den „Delianten“ jener gelben Sumpfpflanzen zuzuschreiben, die heute durch die niedrige Entlohnung zu der Erkenntnis ihrer Handlungsweise kommen. Der Kampf der Heizungsmonteur und Helfer endete mit dem Abschluß eines neuen Vertrages. Hier zeigte sich die soziale Handlungsweise des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes am deutlichsten. Hinter dem Rücken unseres Verbandes hat der rote Bezirksbeamte Wallbracht brieflich um Aufhebung der Verhandlungen bei dem Arbeitgeberverband gesucht. Der Streik der Bauklemper und Dachdecker wurde gleichfalls mit einem neuen Vertrag beendet. Der Kampf der Formier bei der Firma Windfeld und Wendel endete ähnlich wie der Formierkampf in Berlin. Die Zwangsinnung der Klemper und Installateur sperre die Gefellen aus bis zum Abschluß eines neuen Vertrages und die Firma „Rheinland“ Kugellagerfabrik warf unter Wortbruch, wegen Verbandsangehörigkeit, unsere Verbandskollegen auf das Pflaster. Dadurch hatte die Direktion den Gewerkschaftssozialisten eine große Freude bereitet, so daß diese sogar einen zwanzigwöchentlichen Kampf wegen der einzuführenden Frauenarbeit vergaßen. In letzterem hatten sich die christlichen Arbeiter nicht beteiligt und sollten nun, nach Ansicht der heilsheerischen „drei Hirse“ alle Mitglieder des gelben Werksereins geworden sein. Die Mehrzahl der radikalen Genossen und 33 1/2 Prozent der Hirsch-Dunkerischen Verbandsmitglieder haben als Gelbe die Arbeit auf diesem Werke gleich nachdem wieder aufgenommen, als unsere Verbandskollegen wegen Verbandszugehörigkeit auf die Straße geworfen wurden.

An Vertragsbewegungen ohne Streiks wurde ein Vertrag mit der Firma Memmer (Ratingen), der Klemper in den Büffelwerkstätten und der Schlosser und Schleifer bei der Patent-Baubeschlag-Fabrik Fr. Hahn (Neuß) abgeschlossen. Bei einer Vertragsbewegung auf den Neusser Margarinwerken war die Handlungsweise einer christlichen Organisation uns gegenüber nicht korrekt.

Die Arbeiter der Kesselschmiede des Werkes „Hohenzoller“ erreichten Akkord- und Lohnhöhen, gleichfalls die Arbeiter der Firmen Schulze u. Viehl, Rath, Leiste und Keil, Neuß, Dellamer, Grafenberg, Chillingworth, Benrath, sowie bei den Gaswerken in Hilden und Neuß. Auf dem Gaswerke in Neuß erhielten die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 3 Pfg. die Stunde, gleichfalls auch die in städtischen Diensten stehenden Arbeiter des Elektrizitätswerkes. Auf dem Gaswerk in Hilden gelang es durch Eingabe, daß statt 10 jetzt 11 Stunden täglich für die Arbeiter bezahlt werden. Zwölf Stunden müssen diese Arbeiter schaffen, jedoch werden in Neuß nur 10, in Hilden jetzt 11 Stunden bezahlt. Der Zuschlag für Sonntagsarbeit wurde in Hilden auf 50 Prozent erhöht. Außerdem wurden in Hilden Ferien unter voller Bezahlung des Lohnes bewilligt. Insgesamt wurde für über 400 christlich organisierte Metallarbeiter eine Lohnerhöhung von 2-10 Pfg. die Stunde auf friedlichem Wege erreicht.

Von den Abwehrbewegungen war die auf dem Oberbiller Stahlwerk mit Erfolg gekrönt. Durch die Einigkeit der von einem 10prozentigen Abzug betroffenen Arbeiter wurde dieser ganz zurückgenommen. Die Firma Dreher u. Sohn, Geresheim, hat ihren Arbeitern einen Abzug von 10 Proz. aufgehängt und diese Maßnahme mit Arbeitsmangel und schlechten Verkaufspreisen begründet. Als dies bei Gelegenheit der Arbeitslosendebatten im Stadtrat zur Sprache kam, wurde seitens der Firma ein Arbeitsmangel abgestritten und betont, daß jetzt sogar noch mehr Arbeiter beschäftigt würden. Den 10prozentigen Abzug hat die Firma jedoch nicht abgestritten. Damit hat die Arbeiterschaft den Beweis erhalten, daß hier eine recht zweifelhafte Handlungsweise der Firma vorlag. Die Mehrheit der beteiligten Arbeiter sind Mitglieder des Hirsch-Dunkerischen Gewerksereins, dessen Leitung, nachdem eine Arbeitsniederlegung durch geheime Abstimmung mit wenigen Stimmen abgelehnt worden war, nicht allein der christlichen Arbeiterschaft, die Schuld der Ablehnung einer Arbeitsniederlegung zuschreiben wollte, sondern sich auch noch radikaler zeigte, als die Anarchos. Eine Zurücknahme des Abzuges ist bisher nicht erfolgt. Auf der „Köhrenindustrie“ provozierten die Gewerkschaftssozialisten durch eine unumstößliche Wehrtreue einen Abzug nach dem anderen und erbrachten dadurch der Werksleitung den Beweis, daß der von ihnen geführte unumstößliche Kampf zu Anfang 1912, ein sozialdemokratischer Unfug war, den sich weder die anderen in der Minderheit auf diesem Werke befindenden Organisationen anschließen wollten, um den Genossen keine billige Schimpfgelegenheit zu geben. Damals hat die Werksleitung in denselben Abteilungen noch nicht genug abgezogen und wurde dies im verflochtenen Jahre unter allerhand Behauptungen der roten Führer doppelt nachgeholt.

Die Beamten der Ortsverwaltung waren in 897 Versammlungen und Sitzungen tätig. Neben der Versammlungstätigkeit war eine intensive Büroarbeit zu leisten. Die Korrespondenz weist an Eingängen 2403 Briefe und Karten und 1076 Druckfachen an Ausgängen 3671 Briefe und Postkarten und 3017 Druckfachen auf. Neben 27 Artikeln für das Verbandsorgan wurden etwa 100 Artikel in der Tagespresse veröffentlicht. Die Redaktions- und Anfertigungsarbeit wurde unterstützt durch 44 Flugblätter, von denen 28 Stück von Beamten der Ortsverwaltung geschrieben, in einer Gesamtanzahl von insgesamt 22 900 St. angegeben wurde. Außerdem wurden 3500 Beauftragungen hergestellt, die neben 2000 gedruckten Einladungen zur Regelung und Hebung des Versammlungsbesuches Verwendung fanden.

Durch diese intensive Tätigkeit wurde zur Durchführung der verschiedenen Verbandsbeschlüsse der Reichsanstalten geschritten. Der Mitgliedsstand der Ortsverwaltung weist einen Rückgang von 71 Mitgliedern oder 3,4 Proz. nach, trotzdem der Zugang um 151 Mitglieder höher ist, als die Austritte. Die jedoch durch Ermordung und teils verhehlerte Arbeitslosigkeit 108 Mitglieder mehr abtraten und 114 Mitglieder zum Austritt eintraten mußten, so ist ein Minus von 71 Mitgliedern gegenüber dem Stande des Vorjahres zu verzeichnen. Die Entwicklung unserer Ortsverwaltung ist aus folgender Zusammenfassung ersichtlich:

Am 1. Januar 1910	517 Mitglieder			
1. "	1911	1105	"	mehr 588 = 113,73 %
1. "	1912	2003	"	899 = 81,36 %
1. "	1913	2458	"	455 = 22,71 %
1. "	1914	2387	"	weniger 71 = 3,4 %

Diese Entwicklung mögen sich die Bezirksvorstände und Vertrauensmänner stets vor Augen halten und möglichst schnell durch Anspannung aller agitatorischen Kräfte die Scharte des Jahres 1913 ausweiden. Wir müssen vorwärts.

Der Umsatz an Beitragsmarken betrug 115 378 Stück gegen 106 907 Stück im Vorjahre. Es wurde eine durchschnittliche Beitragsleistung von 47,05 pro Mitglied und Jahr erreicht. Die Einnahmen der Hauptkasse betrugen 69 332,65 M. gegen 59 013,10 M. i. V. Die Einnahmen der Lokalkasse betrugen 25 071,88 M. gegen 27 022,30 M. i. V. Die Hauptkasse hatte an Ausgaben 33 05,91 M. gegen 33 965,33 M. des Vorjahres zu tragen. Dieselben setzten sich fast nur aus Unterstützungen an die Verbandsmitglieder zusammen. Die Ausgaben der Lokalkasse betrugen 23 874,20 M. gegen 23 990,70 M. des Vorjahres. In die Hauptkasse konnten 35 295,74 M. abgeliefert werden, während der Lokalkasse 1 197,68 M. verbleiben.

Die Vorstandswahl erfolgte durch die fast einstimmig bei geheimer Abstimmung erfolgte Wiederwahl des Kollegen Leupke zum 1. Vorsitzenden den Beweis, daß ein gutes Vertrauen unter der Mitgliedschaft zu ihrer Leitung vorhanden ist. Die Wahl der übrigen sechs ausscheidenden Vorstandsmitglieder ergab die Wiederwahl der Kollegen. Zum 2. Vorsitzenden der Ortsverwaltung wurde in geheimer Abstimmung der Kollege Mandt gewählt. Der Bürodienst ist an den Wochenenden von den Kollegen Hückstein, Schmitz, Schiebeck, Hallen, Mandt zu erledigen. In den Samstagen soll nach Möglichkeit um 5 Uhr Büroarbeit sein.

Von den zur Erledigung stehenden Anträgen wurden unter lebhafter Zustimmung der gesamten Generalversammlung einem Antrage zugestimmt, den Zentralvorstand des Verbandes zu ersuchen, die Verbandsgeneralversammlung im Jahre 1915 und dann in Düsseldorf abzuhalten. Ein Antrag auf Zahlung lokaler Sterbeunterstützung beim Tode eines Verbandskollegen oder dessen Ehefrau, wurde in eine freiwillige Einrichtung auf Gegenseitigkeit unter Zustimmung der Generalversammlung umgewandelt.

Kollegen von Düsseldorf! Die Generalversammlung muß allen ein erneuter Ansporn sein, ihre ganze Kraft in die Tätigkeit des Verbandes zu stellen. Nur durch rastlose unermüdete Tätigkeit können Schwierigkeiten überwunden und Erfolge erzielt werden. Alle Mann auf die Schanzen. Es gilt das Wohl der Arbeiterschaft!

Vielefeld. Wir machen unsere gesamten Kollegen darauf aufmerksam, daß die Generalversammlung einstimmig beschlossen hat, unsere Vertrauensleute und Sektionen sollten gleich nach Beendigung des Monats abrechnen. Dies können sie aber nur dann prompt ausführen, wenn die Kollegen sich ohne Ausnahme bemühen, die Beiträge pünktlich zu entrichten. Es ist dringend zu empfehlen, daß die ledigen Kollegen die Beiträge im Logis hinterlegen. Die pünktliche monatliche Abrechnung liegt im Interesse aller Mitglieder. Wir könnten jeden Monat alles überflüssige Geld der Hauptkasse überweisen, diese sorgt dafür, daß das Geld einströmend angelegt wird, wodurch wir unseren Kampffonds stärken. Wir hoffen, daß alle Kollegen die Vertrauensmänner nach jeder Seite hin gut unterstützen. Ferner seien die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich bei Arbeitslosigkeit und Krankheit sofort mit dem Mitgliedsbuch bei dem zuständigen Sektionsleiter bzw. Geschäftsstelle melden. Hierbei erinnern wir an den Paragraph 10 unseres Verbandsstatuts. Es ist notwendig, daß die Kollegen das Statut genau durchstudieren. Dabei ist zu berücksichtigen, daß nur das Statut in der Fassung der Dortmunder Generalversammlung Gültigkeit hat.

Weiter sei bemerkt, daß alle offene Stellen und alle wichtigen Vorkommnisse in den Betrieben, sofort dem Büro zu melden sind. Der Gegner ist genau zu beobachten und über sein Verhalten zu berichten; gegnerische Flugblätter sind sofort einzuziehen.

Unsere Kollegen dürfen sich nichts von den „freien“ Meiden gefallen lassen. Beweist den Arbeitsbrüdern, daß wir jederzeit christlich-nationale Gesinnung pflegen, dabei aber auch wissen, uns kräftig zu verteidigen. Weiter wollen die Kollegen beachten, daß die Versammlungen ständig im Verbandsorgan bekannt gegeben werden. Hoffentlich bemühen sich unsere Kollegen, die Veranstaltungen etwas regelmäßiger und pünktlicher zu besuchen, hinter dies kann keine Aufklärung und Begeisterung entfangt werden. Sollten die Kollegen die Wohnung oder die Arbeitsstelle wechseln, so ist dies ebenfalls dem Büro zu melden. Die Sprechstunden auf dem Büro sind: Montag bis Freitag, vormittags 11-1 und 5-7 Uhr, sowie Sonntags von 10-12 und 1-4 Uhr. Sonntags vollständig geschlossen. Unterstützungen werden Sonntags vormittags ausgezahlt. Bei wichtigen Vorkommnissen rufen die Kollegen unsere Fernsprechnummer Vielefeld 295 an.

Von den Kollegen unserer Verwaltungstelle aber erwarten wir, daß sie die Bemühungen zur Hebung des Arbeiterstandes eifrig unterstützen.

Schweinfurt. Unter zahlreicher Beteiligung der Kollegen fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Auch ein großer Teil unserer auswärtigen Kollegen, sowie Kollege Konrad-Härberg waren dazu erschienen. Dem Jahresbericht ist folgendes zu entnehmen: Das Jahr 1913 ist für unsere Gewerkschaftsbewegung kein günstiges zu nennen. Der schlechte Geschäftsgang mit seinen Begleiterscheinungen (Arbeiterentlassungen, Lohnsenkungen usw.) stellte sich uns hemmend in die Wege. Im ersten und zweiten Quartal wurde noch in allen Betrieben mit Hochdruck gearbeitet, dagegen brachte das letzte Halbjahr manche Enttäuschungen. Größere Entlassungen bei der Firma Fries u. Höpflinger, sowie Lohnsenkungen und Schikanen waren fast in allen Betrieben an der Tagesordnung. Trotzdem ist es gelungen, noch Fortschritte zu verzeichnen, was allerdings nur durch beherrschte Kleinarbeit möglich war. Im ersten und zweiten Quartal können wir mit unserer Entlohnung nicht zufrieden sein, obwohl die Konjunktur weit günstiger war, wie später. Im zweiten Quartal wurde unser Sekretariat gegründet und Kollege Schineller freigestellt. Im dritten Quartal wurde Ratzburg und im vierten Quartal Bamberg neu angegliedert.

Unsere Fortschritt haben wir nur der Hausagitation zu verdanken. Von den Gesamtanfragen entfallen zwei Drittel auf die Hausagitation. Dem ist die faule Ausrede so mancher unserer Kollegen „es was Hausagitation“ entgegenzuwerfen. In Schweinfurt und Würzburg wurde in letzten Halbjahr regelmäßig Hausagitation betrieben, dagegen wurde in Bamberg gar nichts getan. Die Zahl der Mitarbeiter ist überall viel zu gering. Insgesamt waren in letzten Jahre 8 bis 10

Kollegen in der Hausagitation tätig und diesen wenigen war es möglich, unsere Mitgliederzahl um über 100 ppa steigern. Was könnte auf diesem Gebiete nicht noch alles erreicht werden, wenn nur die Kollegen wollten. Hier fehlt es noch ganz besonders bei den jungen Kollegen.

Der Versammlungsbefuch war sehr unterschiedlich. Wir hatten Versammlungen, die fast vollständig besucht waren, aber auch solche, in denen es bedeutend besser hätte sein müssen. Ein großer Teil der Kollegen besucht überhaupt keine Versammlungen. Die Generalversammlung hat allgemein den Wunsch ausgesprochen, für die Zukunft den Versammlungswärtern energischer zu Leibe zu rücken. Durch allseitiges Zusammenarbeiten der Vorstandschaft und Vertrauensleute wird im künftigen Jahr stets Kontrolle geübt werden. Im übrigen wurde zu diesem Punkte auf den Dortmunder Verbandstag verwiesen, dessen Beschlüsse in verschiedenen Versammlungen entsprechend in Erinnerung gebracht wurden. Die Sitzungen der Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute waren stets vollständig besucht. In Sitzungen und Versammlungen fanden statt: 21 Mitglieder-, 8 öffentliche und 10 Werkstättversammlungen, außerdem 11 Vorstand- und 16 Vertrauensmänner-sitzungen. Flugblätter wurden drei verteilt.

Der Kassenbericht bewegte sich in derselben Bahn wie die Mitgliederentwicklung. Die Lokalkasse wurde durch Anschaffung der Büroeinrichtung etwas mehr als sonst in Anspruch genommen. Der Markendurchschnitt war im ersten Halbjahr nicht besonders günstig, dagegen ist im letzten Halbjahr eine bedeutende Besserung eingetreten, was wir zunächst unseren Einkassierern danken müssen.

Zum Schluß der beiden Berichte dankte Kollege Schineller allen Kollegen, besonders aber nochmals den Hausagitatoren und Vertrauensleuten. Durch allseitiges Zusammenarbeiten der Kollegen wird es möglich sein, die noch bestehenden Mängel auszuräumen, ferner aber auch die Agitation fruchtbarer zu gestalten. Der Boden für die Agitation ist günstig und gerade die letzte Zeit hat dem Indifferentismus gezeigt, daß die faule Ausrede „Wir brauchen keinen Verband“ ins Land der Fabel gehört. Gerade die letzte Zeit hat es so manchem Gleichgültigen am eigenen Leide spüren lassen. Deshalb wollen wir erneut das Gelöbnis ablegen, treu der Fahne unseres christlichen Metallarbeiterverbandes und auf zur Mitarbeit im neuen Geschäftsjahr.

Die Neuwahl der Vorstandschaft brachte nur kleine Veränderungen in der Zusammensetzung. Besondere Anträge wurden nicht gestellt. Die Diskussion war sehr lebhaft und zeigte durch die Ausführungen der einzelnen Kollegen so recht, wo zuerst der Hebel angefaßt werden muß. Ein Kollege gab die Anregung, es müßten die Frauen mehr mit den gewerkschaftlichen Fragen vertraut gemacht werden. Eine Frage, die nirgends zu gering eingeschätzt werden sollte. Kollege Schineller ging nochmals eingehend auf die einzelnen Fragen der Diskussionsredner ein, wobei auch die Jugendfrage lebhaft erörtert wurde und erteilte sodann dem Kollegen Konrad das Wort zu seinem Referate. Kollege Konrad führte aus:

Für die christliche Gewerkschaftsbewegung war das vergangene Jahr ein Abschnitt weitgehendster Bedeutung. Auch unser Verband hatte manche Proben zu bestehen und blieb vor wirtschaftlichen Kämpfen nicht verschont. Wer erinnert sich nicht noch des Kampfes in Menden, wo die Sozialdemokratie die traurigste Rolle spielte. Wir dürfen nur einen Vergleich anstellen mit dem roten Putsch auf den Werften, Wösch-Stuttgert usw. und die rote Phrasen von den christlichen Unternehmertruppen richtet sich von selbst. In unverantwortlicher Weise bekämpfte besonders die rote Presse die Führer der christlichen Gewerkschaften. Diesem Treiben und Verleumdungen wurde Mitte Dezember durch den Kölner Prozeß ein Ende gemacht. Sämtliche verantwortliche Redakteure wurden zu hohen Geldstrafen verurteilt. (Auch der rote Volksfreund Würzburg mußte seine Verleumdungen mit 500 M. Strafe büßen.) Wohl noch nie wurde eine Organisation an Gerichtsstelle so auf ihre Grundzüge geprüft wie hier. Das Endresultat hat gewitterreinend gewirkt und die rote Internationale als Lügner und Verleumder heimgeschickt.

Eine weitere wichtige Tat, auf die unsere christliche Gewerkschaftsbewegung stolz sein kann, war der Berliner Arbeiterkongress. Wohl noch nie hat eine derartige Arbeitertagung so großes Interesse in der breiten Öffentlichkeit ausgelöst. Mit klarer Entschiedenheit wurde dem Scharfmachertum und seinen Bandestruppen auf die rückständigen Forderungen „Stillstand in unserer Sozialpolitik“, „Beschneidung des Koalitionsrechts“ usw. ein energisches Halt geboten. Unsere Forderungen und Wünsche wurden erneut der Öffentlichkeit übergeben und somit dem Staat und der Gesellschaft bekundet, daß wir uns nie vom Tische der heutigen Gesellschaftsordnung verdrängen lassen werden. Wir sind nicht nur gewohnt, Pflichten zu übernehmen, sondern überall dort, wo unsere Rechte sind, sie auch zu fordern. Treu unseren Grundgesetzen werden wir mit unseren christlichen Gewerkschaften stehen oder fallen. Dies ist der Schlachtruf, der heute alle Massen durchdringen muß. Die Bahn für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung ist frei, deshalb auf zur Mitarbeit in allen Gauen und Städten des Vaterlandes. Dann werden wir uns auch den Platz, der uns unter der Sonne gebührt, stets behaupten.

Unter lebhafter Zustimmung und reichem Beifall wurden die zündenden Worte des Kollegen Konrad aufgenommen. (Mögen die Kollegen auch die Anwendung daraus ziehen.) Kollege Schineller dankte Kollegen Konrad im Namen aller Kollegen und wünschte, daß die Stimmung, so wie sie heute ist, immer bleiben möge. Nach einem kurzen Schlusswort und noch maligem Dank an alle Mitarbeiter im letzten Jahre wurde unsere diesjährige Generalversammlung geschlossen.

Kollegen, jetzt gilt es, unsere Vorzüge in die Tat umzusetzen. Die roten Klassenkämpfer sollen sich, nachdem diese in ihrem Jahresbericht schreiben: „Es wird also seitens der Christlichen eine erhöhte Werbetätigkeit einsehen“, am Schluß des künftigen Jahres nicht an uns getuschelt haben.

Würzelen. Sonntag, den 18. Januar, fand unsere Generalversammlung statt, deren Besuch zufriedenstellend war. Besonders zahlreich waren die Kollegen aus der Habelindustrie vertreten. Wir erwarten, daß das Interesse, welches die Radler in letzter Zeit dem Verbands entgegenbringen, die Kollegen aus den anderen Berufen anspornen wird, in Punkte Versammlungsbefuch nach dem Rechte zu sehen.

Der Geschäftsbericht erstattete der Vorsitzende. Einleitend gab er einen kurzen Überblick über die christliche Gewerkschaftsbewegung im vergangenen Jahre. Er schilderte die bedeutungsvollsten Kämpfe des Vorjahres. (Menden, Werftarbeiterbewegung und den Kampf bei der Firma Prym in Stolberg.) Ganz besonders hob Redner die Bemühungen von scharfmacherischer Seite hervor, die Sozialpolitik zum Stillstand zu bringen. Im engeren Raderer Bezirk ist die Gründung eines einseitigen Arbeitgeber-Arbeitersachverständigen zu verzeichnen, um auch hier die

Freizügigkeit der Arbeiter zu unterbinden. Verschiedene Nachener Werke üben einen ganz gewaltigen Terrorismus aus, um ihre Arbeiter in die gelben Werkereine zu zwingen. Die neu eintretenden Arbeiter müssen sich schon bei ihrem Eintritt den Gelben anschließen. Ist es doch schon vorgekommen, daß Arbeiter mit der Entlassung bedroht wurden, wenn sie sich nicht der gelben Bewegung anschließen wollten. Daß dieses in einem Betriebe geschehen konnte, der mit Staatsaufträgen arbeitet, ist manchem Arbeiter unfassbar.

Ueber die Tätigkeit unserer Ortsgruppe sei folgendes angeführt: Versammlungen fanden insgesamt 35 statt. Dieselben dienten teils der Aufklärung und Belehrung, sowie der Agitation. In zwei vorbereitenden Versammlungen wurde die Gründung einer Fabler-Sektion besprochen und in der letzten in die Tat umgesetzt. Die Arbeiten haben der Vorstand der Sektion und 22 Vertrauensmänner übernommen. Wenn die betreffenden Kollegen in der Zukunft so weiter arbeiten wie seit der Gründung der Sektion, dann kann der Erfolg bei ihrer Arbeit nicht ausbleiben. Wöchentlich fanden auf unserem Büro zwei Geschäftsstunden statt. Es wurden dort die monatlichen Abrechnungen mit den Vertrauensmännern, die Korrespondenz und die Auszahlung der Unterstufungen vorgenommen. Im vergangenen Jahre fanden zwei Hausagitationen statt. In beiden wurden 10 ältere und 33 jugendliche Kollegen gewonnen.

Die Mitgliederbewegung ist folgende: Bestand am 1. Januar 1913 557, aufgenommen und zugereist 81 gleich 638. Ausgetreten und an andere Verbände überwiesen 55, gestorben und abgereist 18, Bestand am 1. Januar 1914 565. In der Mitgliederbewegung fällt besonders die verhältnismäßig große Anzahl von Ueberweisungen zu anderen Berufen und Verbänden auf. Diefelbe ist durch die schlechte Konjunktur im hiesigen Bezirke bedingt. Während wir im vergangenen Jahre 34 Ueberweisungen zu anderen Berufen hatten, ist unserer Ortsgruppe nur 1 Kollege überwiesen worden. Mit dem angeführten soll durchaus nicht gesagt sein, daß wir mit unserer Mitgliederzahl zufrieden sein können. In unserem engeren Bezirke steht uns noch eine große Anzahl Indifferenter gegenüber. Auch diese müssen trotz der bestehenden Hindernisse gewonnen werden. Schuld doch für den überzeugten Gewerkschaftler Hindernisse nur dazu da, um beseitigt zu werden. Fasse deshalb ein jeder von uns den Voratz, im laufenden Jahre mindestens ein Mitglied dem Verbandsbezug zu führen.

Aus dem Kassenerichte ist zu entnehmen: An Einnahmen waren 18 342,74 Mark zu verzeichnen. Diese Summe setzt sich aus Eintrittsgeldern, Beitragsmarken und Zinsen zusammen. Dieser Einnahme stand eine Ausgabe von 5885,47 Mark gegenüber. Es konnten mithin noch 12 654,32 Mark der Ortsverwaltung Wochen überwiesen werden. Die Ausgaben setzen sich aus folgenden Posten zusammen. Krankenunterstützung 3517,73 Mark, Arbeitslosenunterstützung 917,04, Sterbeunterstützung 35 Mark und sonstige kleinere Unterstufungen an Orte. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Es folgte noch eine rege Aussprache über Geschäfts- und Kassenericht, die das Gelingen des vergangenen Jahres zu würdigen suchte, andererseits aber auch aufforderte, mit allem Ernst an eine kräftige Agitation heranzutreten. Kollegen, nur durch treues Zusammenarbeiten, nur durch Zerstreung der etwa bestehenden Vorurteile, nur durch die Macht der Organisation kann dem Arbeiter geholfen werden. Jeder Kollege, der mit dazu beiträgt, unsere Position zu stärken, arbeitet an der Verbesserung seiner eigenen Lage, und der des ganzen Arbeiterstandes.

Frankfurt a. M. (Verwaltungsstelle.) Die Generalversammlung unserer Verwaltung, welche am 8. Februar stattfand, nahm einen sehr anregenden Verlauf. Aus dem erstatteten Jahresbericht sei hervorgehoben, daß es durch zähe Arbeit in verschiedenen Launsorten gelungen ist, Neuland zu erobern. Heute haben wir dort, wo wir vor Jahresfrist nicht vertreten waren, schöne Ansätze, die zu den besten Hoffnungen berechtigen, nachdem ein regelmäßiger persönlicher Verkehr mit dem Büro geschaffen ist. Der Bericht zeigt, daß dort, wo man auf gute Verbindung mit dem Büro hielt, schöne Resultate erzielt wurden. So ist es in Homburg-Riedorf gelungen, unsere Zahl in 1913 von 20 auf 37 zu steigern. Umgekehrt ist es dort, wo man trotz aller Anregung nichts getan hat. So wie bisher kann es in einigen Gruppen nicht weitergehen. Was muß es, gegen eine Welt von Widerständen anzukämpfen und dem Indifferentismus Schritt für Schritt den Boden abzuräumen, wenn Sektionen da sind, die mit geradezu sträflicher Gleichgültigkeit gegen alle Verbandsanweisungen handeln. Zum Glück kann gesagt werden, daß das Ausnahmefall ist. Die meisten Sektionen haben die Agitation nachgehalten. Daß durchgreifende Agitation die Stagnation überwindet, ja in Fortschritt umsetzt, beweist der Bericht im 4. Quartal. Gerade das 4. Quartal zeigt mit zwingenden Gründen, daß gute Erfolge auch in wirtschaftlich ungünstigen Zeiten möglich sind. Dem Ausbau der Jugendabteilung wurde rege Beachtung geschenkt. Sie hat sich im vergangenen Jahre in erfreulicher Weise entwickelt.

Bewegungen hatten wir zwei zu verzeichnen. Unsere Kollegen in Höchst bei der Firma Breuer waren anlässlich von Lohnabzügen mit den Kollegen des sog. Metallarbeiterverbandes in eine Abwehrbewegung eingetreten. Der sog. Verband, der das Gros repräsentiert, aber hat nicht vermocht, die Bewegung aus dem Stadium der Beratungen zu führen. Ernst wurde es nicht, trotzdem man dies wiederholt versicherte. So mußten sich die Arbeiter die angesagten Abzüge zum größten Teil gefallen lassen.

Entscheidende Kämpfe haben wir bei dem Neuabschluß des Tarifvertrags der Kunst- und Hauslöffler bestanden und um unsere Anerkennung durchgeführt. Erstmalig ist es gelungen, die Gewaltpolitik auf dem Gebiete der Tarifpolitik, wie sie seitens des sog. Metallarbeiterverbandes beliebt wurde, in Frankfurt a. M. zu brechen und schöne Erfolge für die beteiligten Kollegen in gemeinsamer Beratung aller Organisationsvertreter und gemeinsamer Unterzeichnung des Tarifvertrags zu sichern.

Die Verwaltungsarbeit kann als intensiv bezeichnet werden. Es wurden abgehalten: 76 Versammlungen und zwar 32 Mitglieder-, 24 Betriebs- und Branchenversammlungen. Konferenzen und Sitzungen hatten wir 51. Namentlich die älteren Kollegen dürfen sich etwas mehr in den Versammlungen zeigen lassen.

Die Hausagitation wurde von den sich beteiligenden Kollegen mit Eifer betrieben. Der Mitarbeiter aber sind es hier noch viel zu wenig. Wenn zwölf Kollegen für das ganze Verwaltungsgebiet Hausagitation machten, so kann das nicht genügen. Alle Kollegen, die das Zeug dazu haben, müssen heran! Besucht wurden 1146, gewonnen 179 Kollegen. Auf dem Büro wurden 3526 Einladungen und Zirkulare zu Versammlungen, Sitzungen und Konferenzen hergeführt.

Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 12 348,60 M., verausgabt wurden 5221,73 M., davon für Krankenunterstützung 2245,54 M., Arbeitslosenunterstützung 747,67 M., Revisorunterstützung 271,00 M. In die Hauptkasse gelangt wurden 7126,87

Mark. Erfreulich hat sich auch der Lokalkassenbestand entwickelt; von 363,49 auf 899,88 M.

Die Diskussion zum Geschäftsbericht war lebhaft. Namentlich wurde das passive Verhalten mancher Kollegen, von denen man mit Recht Mitarbeit erwarten kann, gerügt.

Die Vorstands- und Delegiertenwahlen gingen glatt von statten. Für ausgeschiedene Kollegen wurde durch Neuwahl arbeitsfreier Kollegen Ersatz geschaffen.

In seinem Rückblick ging Bezirksleiter Scherer auf die bemerkenswertesten Momente des Geschäftsberichtes und der Diskussion näher ein und gab ein Resümee des vergangenen Jahres. Restlose Mitarbeit bedinge unser Vorwärtkommen. Das bisher Erreichte sei das Resultat jahrelanger, unter schweren Opfern getätigter Kleinarbeit. Diese sei auch in der Zukunft das Geheimnis unseres Erfolges. Jeder Kollege solle sich in den Dienst unserer Arbeit stellen, dann kommen wir vorwärts, trotz aller Widerstände, zum Wohle des Arbeiterstandes.

Kiel. Die Generalversammlung unserer Ortsgruppe fand am 27. Januar statt; sie war ziemlich gut besucht. Der Vorsitzende Riedel erstattete den Jahres- und Kassenericht; er führte etwa folgendes aus:

Die Arbeitsverhältnisse in Kiel waren gut. Besonders die für uns in Betracht kommenden Seeschiffswerften waren reichlich mit Arbeitsaufträgen versehen, sodaß vielfach mit Ueberstunden und Nachschichten gearbeitet wurde. In die Intelligenz und Leistungsfähigkeit der Arbeiter wurden die größten Ansprüche gestellt. Im Schiffbau wird fast nur mit Druckluftwerkzeugen gearbeitet. In diese Arbeiter werden besonders hohe Anforderungen gestellt, dabei sind sie großem Lärm und Erschütterungen ausgesetzt. Die Löhne sind aber trotz der großen Arbeitsleistung nicht so gestellt, daß man damit zufrieden sein könnte; besonders in Hinsicht auf die gestiegenen Lebensmittel- und Wohnungspreise.

Das wichtigste Ereignis des vergangenen Jahres war der Streik auf den Seeschiffswerften. Auch wir waren mit 34 Mitgliedern daran beteiligt. Der Streik wurde einseitig von den Genossen eingeleitet und geführt; er endete mit einer großen Niederlage. Ueber Ursache, Verlauf und Ende des Streiks ist in unserem Organ ausführlich berichtet worden. Leider sind nach dem Streik eine Anzahl Mitglieder abgeprungen. Der Verlust konnte bis Jahreschluss nicht wieder eingebracht werden.

Am 8. Juli fand eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, der Zentralvorsitzende Kollege Fr. Wieber hielt das Referat. Er sprach über die gegenwärtige Werftarbeiterbewegung und Zweck und Ziele der christlichen Gewerkschaften. Eine weitere öffentliche Versammlung fand am 29. Oktober statt, in der die Kollegen Hartmann und Dohler über den schmachvollen Ausgang der Bewegung auf den Seeschiffswerften sprachen. Sie hielten dabei eine Generalabrechnung mit der Taktik der roten Führer.

Von der Ausführung der Generalversammlungsbeschlüsse ist leider nicht viel erfreuliches zu melden. Besonders in Punkto Hausagitation ist nichts geschehen, was unbedingt anders werden muß. Bezüglich der Versammlungskontrolle soll bei den folgenden Versammlungen eine Anwesenheitsliste zirkulieren. Flugblätter sind im Laufe des Jahres folgende verbreitet worden: „Die Wahrheit über die Metallarbeitersperrung in Menden.“ „Entlarvt.“ „Wer trägt die Schuld an dem schmachvollen Ausgang der Bewegung auf den Seeschiffswerften.“ Bei der Flugblattverteilung haben sich leider manche Kollegen zurückgehalten, so daß nicht immer genügend Kräfte zur Verfügung standen.

Unsere Mitgliederzahl ist von 64 im Anfang, auf 48 am Ende des Jahres zurückgegangen. Wir wollen bestrebt sein im neuen Jahr den Rückgang wieder auszugleichen und noch mehr neue dazu gewinnen. Zum Kassenericht ist folgendes zu sagen. Die Hauptkasse erzielte eine Einnahme von 2015,45 Mark. Die Ausgabe stellte sich auf 774,54 Mark. An die Hauptkasse wurden 1240,91 Mark eingesandt. Zur Streikabrechnung ist folgendes zu sagen. Von der Zentrale erhoben 2625 Mark. Aus lokalen Mitteln beigetragen 187 Mark. An Streikunterstützung wurden gezahlt 2825,45 Mark. Es blieb also ein Defizit von 13,45 Mark, was ebenfalls aus der Lokalkasse gedeckt wurde. Die Lokalkasse schloß mit einem Bestand von 53,19 Mark ab.

An diesen Bericht knüpfte sich eine rege Diskussion, in der besonders der Kollege Dohler auf die Ausführung der Generalversammlungsbeschlüsse hinwies.

Beim folgenden Punkte Neuwahl wurde der bisherige Vorsitzende wiedergewählt. An Stelle des bisherigen Kassierers wurde ein anderer Kollege gewählt. Die Wahl des 1. Schriftführers und der Kartelldelegierten wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt.

Mit der Mahnung des Vorsitzenden an alle Mitglieder, sowohl des Vorstandes wie auch der Vertrauensleute, an der weiteren Ausbreitung des Verbandes tätigen und unermüdeten Anteil zu nehmen, wurde die Generalversammlung geschlossen.

Dortmund. Unter den, in den Städten des Ruhrbezirks beschäftigten Elektromonteuren macht sich seit einiger Zeit der Drang zur Organisation bemerkbar. Auch in Dortmund kommen die Berufskollegen zur Einsicht, daß der Zusammenschluß für sie eine bringende Notwendigkeit ist, soll ihre Lage eine Verbesserung erfahren. Heute liegen die Verhältnisse so, daß der Elektromonteure zu den schlecht entlohnten Arbeitern der Bauberufe zählt. Zufolge für Ueberstunden sind den meisten Berufsgenossen böhmische Dörfer. In Lohnfragen haben vielfach die Arbeiter das Vergnügen 1/2 bis 1 Stunde auf ihren Verdienst zu warten, ohne daß ihnen hierfür eine Entschädigung gewährt wird und andere Mißstände mehr. Die Elektromonteure zählen noch heute zu denjenigen Berufsgruppen, die ohne tarifliche Grundlage ihren Beruf ausüben. In Erkenntnis dieser ungesunden Verhältnisse haben einige Berufskollegen den Beschluß gefaßt, energisch in die Aufklärungsarbeit unter ihren Kollegen einzutreten. Der Erfolg blieb nicht aus. Nach einer Tätigkeit von nur wenigen Wochen zählen wir in Dortmund bereits über ein halbes hundert christlich organisierte Elektromonteure. In der letzten Branchenversammlung wurde deshalb beschlossen, eine eigene Sektion für die Elektromonteure, Heiser und Ankerwickler ins Leben zu rufen. Die nächste Branchenversammlung findet am Freitag, den 27. Februar, abends 8,30 Uhr im Lokale „Zum goldenen Löwen“ Kampstraße 1, statt. Es liegt nun an den Kollegen, das begonnene Werk zu vollenden. Zunächst muß für diese Versammlung eine recht lebhaft propagandistische unter den unorganisierten Kollegen betrieben werden. Viele Berufskollegen stehen ihrer Berufsorganisation, dem christlichen Metallarbeiterverband noch fern. Diese über die Notwendigkeit der Organisation aufzuklären, muß Aufgabe eines jeden Mitgliedes sein. Deshalb Kollegen! Ans Werk! Der Erfolg wird die Mühe lohnen.

Solingen. Am Sonntag, den 8. Februar fand im Gejellenhause zu Solingen die diesjährige Kreisgeneralversammlung der Ortsverwaltung Solingen statt. Diefelbe war außerordent-

lich stark besucht. Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab Kollege Hebborn der Geschäfts- und Kassenericht vom verfloffenen Jahr. Er betonte, daß trotz des teilweise schlechten Geschäftsganges die Ortsverwaltung Solingen i. S. 1913 wiederum einen schönen Aufschwung genommen habe. Durch die jahrelangen geradezu ekelhaften Stenkerereien in sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftslager wärben die Interessierten der Solinger Arbeiter schwer geschädigt. Dieses sehen die Arbeiter immer mehr ein und treten deswegen dem christlichen Metallarbeiterverband bei. Redner berichtete sodann eingehend über eine Reihe Bewegungen, die im verfloffenen Jahre geführt wurden. In den meisten Fällen sei es möglich gewesen auf dem Verhandlungswege mit den Fabrikanten namhafte Verbesserungen für die in Frage kommenden Kollegen herauszuholen. Von großer Bedeutung sei der Abschluß des neuen Vergleichskammer-Statuts, wodurch endlich einheitliche Verhältnisse in den Verhandlungen und Tarifbeschüssen der Solinger Stahlwarenindustrie herbeigeführt wurden.

Im Laufe des Jahres wurden 35 Verhandlungen mit den Fabrikanten geführt. Die Tarifbewegung der Federmesserbranche habe ebenfalls weitere Fortschritte gemacht. Die Schläger und Ausmacher erhalten vom 1. März ab erhöhte Preise. Die Schleifer stehen ebenfalls in Verhandlungen. Für die Kelder sei die Situation nicht so günstig, da dieselben unter sich nicht einig seien. Doch hoffe man auch hier bald wieder zu Verhandlungen zu kommen. Laut Kassenericht wurden im Berichtsjahr 52 309 Marken verkauft. Das ist ein Mehr gegenüber dem Vorjahr von über 8000 Marken. Die Gesamteinnahmen betrugen 40775,37 Mark, dem eine Ausgabe von 19 770,65 Mark gegenüber steht. Durch die Anstellung eines zweiten Beamten konnte die Agitation intensiver betrieben werden. Es wurden insgesamt 71 700 Flugblätter und kleine Broschüren verteilt, in denen zu den aktuellen Tagesfragen Stellung genommen, resp. Angriffe der Gegner abgewehrt wurden. Die Geschäftsstelle versandte 1477 Briefe und Karten und 7312 Drucksachen. Demgegenüber gingen ein 818 Briefe und Karten und 515 Drucksachen. Die Beamten nahmen an 290 Versammlungen und 206 Sitzungen und Konferenzen teil.

Sodann stellte Redner die Frage: Wie sind die Beschlüsse der Dortmunder Generalversammlung in unserer Verwaltungsstelle durchgeführt worden? Mit dem Resultat der Hausagitation könne man einigermaßen zufrieden sein, da über 400 Kollegen durch die Hausagitation im Berichtsjahr gewonnen wurden. (Bravo, Red.) Diejenigen Sektionen, welche verfaßt hatten, mußten dieses im laufenden Jahre unbedingt nachholen. Der Punkt Versammlungsbefuch und Versammlungskontrolle lasse manches zu wünschen übrig. Gleichfalls müßten die Kollegen es als eine Hauptaufgabe ansehen, die Situation noch mehr wie bisher einzudämmen. Einzelne Sektionen haben hier gute Resultate erzielt, andere dagegen nicht. Zum Schluß erwähnte Redner die Kollegen nach wie vor ihren Mann zu stehen, in der Agitation sowohl wie dem Gegner gegenüber, dann würde die Zukunft unser sein. Im Anschluß an den Bericht fand eine rege Diskussion statt. Besonders wurde betont, daß die Kollegen in den einzelnen Branchen eine rührigere Tätigkeit entfalten müßten, als dieses bisher der Fall war. Vergleichen sollen sobald wie möglich noch verschiedene Branchen neu gegründet werden. Auf Antrag der Revisoren wurde der Geschäftsleitung Entlastung erteilt. Mit Rücksicht auf die ungünstigen Lokalkassenverhältnisse wurde die Erhebung eines Ertrageitragens von 50, 25 und 10 Pfg. pro Quartal einstimmig beschlossen. Bei Nichtzahlung gehen den Kollegen die statutarischen Rechte verloren. Nach Erledigung der Neuwahlen fand die imposant verlaufene Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband ihr Ende. Jetzt heißt es für die Solinger Kollegen — weiter schaffen!

Neheim. In der am 8. Februar stattgefundenen Jahres-Generalversammlung unserer Ortsverwaltung erstattete Kollege Hegemann den Jahres- und Kassenericht. Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen 25 924,30 Mark, die Ausgaben 10 094,77 Mark. Der Betrag von 15 829,53 Mark konnte mithin der Zentrale überwiesen werden. Die Lokalkasse weist am Jahreschluss einen Bestand auf von 1349,89 Mark. An Gesamtunterstützungen wurden 8 099,78 Mark verausgabt. Hierbei steht an erster Stelle die Krankenunterstützung im Betrage von 2 567,31 Mark. Die Mitgliederzahl betrug im Jahresdurchschnitt 1 047. Versammlungen wurden abgehalten: 9 öffentliche, 95 Mitglieder- und 105 Werkstattversammlungen; außerdem fanden 36 Vorstand- und Vertrauensmänneritzungen statt. In längeren Ausführungen ergänzte hierauf Kollege Hegemann den zahlenmäßigen Bericht in umfassender Weise. Insbesondere wurde die Tätigkeit unserer Ortsverwaltung auf dem Gebiete der Agitation und Werbearbeit, des Kassenerichts, der Lohnbewegungen, der sozialen Wahlen, des Rechtsschutzes und des Versammlungs- und Bildungswesens dargestellt. Ein Bild umfassender und erfolgreicher Standesarbeit konnte hierbei den Mitgliedern aufgerollt werden. Bezüglich der Werbearbeit und des Versammlungsbesuches muß in Zukunft eine noch größere Teilnahme sämtlicher Kollegen zu erreichen sein. Die Zahl der Neuaufnahmen ist im Vergleich mit den Jahren der letzten Jahre zurückgefallen. Bei den stattgefundenen Hausagitationen ließ in einigen Bezirken die Zahl der teilnehmenden Kollegen zu wünschen übrig. Auch muß auf die andauernde Durchführung dieser Werbearbeit überall mehr Gewicht gelegt werden. Die ziffermäßige Verteilung der Neuaufnahmen auf die einzelnen Betriebe ergab ein interessantes Bild. Ueberall dort, wo die Werbearbeit in der richtigen Art ausgeführt wurde, konnten auch Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Kollegen erreicht werden.

Mit allseitigem Beifall wurde der Jahresbericht entgegengenommen. Die anschließende Diskussion war äußerst rege. Verschiedene Punkte des Berichts wurden näher besprochen und manche Anregung gegeben. Aus allen Kollegen sprach die Freude über die geleistete Standesarbeit und der Wille auch in Zukunft mitzuarbeiten an der Stärkung unseres Verbandes und der Hebung der Lage der hiesigen Metallarbeiter. Einstimmig wurde beschlossen, in den nächsten Wochen wieder eine allgemeine Hausagitation in sämtlichen Bezirken unserer Ortsverwaltung zu veranstalten. Die nötigen Vorbereitungen sind von sämtlichen Bezirksvorständen sofort in Angriff zu nehmen.

Nachdem die Wahlen zum Vorstand und Kartell getätigt wurde die Versammlung mit einem Hoch auf unsern christlichen Metallarbeiterverband geschlossen.

Es ist jetzt Aufgabe unserer sämtlichen Kollegen, die mannigfaltigen Anregungen unserer Jahres-Generalversammlung zu verwirklichen. Alle Mitglieder müssen mitarbeiten an der weiteren Stärkung unserer Position. Die beiden letzten Schritte schlechter Konjunktur haben uns so recht gezeigt, was unser christlicher Metallarbeiterverband für die Arbeiter der hiesigen Gegend bedeutet. Früher waren in Zeiten schlechten Geschäftsganges Lohnabzüge und Verschlechterungen an der Tagesordnung. In der letzten Krisenperiode haben wir diese nicht nur abwenden können, sondern es sind auch noch verschiedentlich Verbesserungen

durchgeführt worden. Deshalb, weiter an die Arbeit. Der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Ulm. Die diesjährige Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle fand am Samstag, den 24. Januar im „Herrenkeller“ statt und erfreute sich eines zahlreichen Besuches. Der Vorsitzende erstattete einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit im abgelaufenen Jahre. Die Mitarbeit der Vertrauensmänner wurde besonders hervorgehoben; durch Massenverbreitung wurden 10 000 Flugblätter verteilt, die stets in der Haus- und Betriebsagitation durch die einlaufenden Neuaufnahmen ihre Wirkung zeigten. Aufgenommen wurden 114 Kollegen, aus gegnerischen Verbänden übergetreten sind 11. So hoch und erfreulich die Zahl der gewonnenen Kollegen auch ist, befriedigen kann sie uns aber doch nicht. Das mögen sich besonders diejenigen Kollegen merken, die ein gewisses Gruseln bekommen, wenn sie das Wort Agitation nur hören. Die Agitation und vor allem die Hausagitation muß eine ständige Rubrik innerhalb unserer Verwaltungsstelle einnehmen. Zugereist sind 45 Kollegen, denen 101 Abgereifte gegenüberstehen. Versammlungen und Sitzungen fanden 55 statt. In denselben wurden Vorträge gehalten über organisatorische und agitatorische Fragen, ebenso wurden auch Fragen der Sozialgesetzgebung und Volkswirtschaft behandelt. Zur weiteren Schulung der Kollegen und zur Heranbildung von Mitarbeitern hielten wir einen Unterrichtskursus ab. Die eingeführte Versammlungskontrolle hat den Besuch derselben ziemlich in die Höhe gebracht und, was besonders zu begrüßen ist, einen pünktlichen Anfang ermöglicht. Unser Versammlungsweesen könnte noch besser sein, wenn nicht die gewohnheitsmäßigen Versammlungsschwänzer wären. Hoffentlich genügen diese Zeilen, um auch jene wieder an ihre Pflichten zu erinnern. Der Versammlungsbesuch ist der Gradmesser für den Geist, der in der Gruppe herrscht. Die Versammlung gibt uns wieder Mut und Kraft zu rastloser Mitarbeit. Der briefliche Verkehr weist 235 Eingänge und 486 Ausgänge auf.

Der Kassenbericht ist ebenfalls ein günstiger zu nennen. Gesamteinnahmen in Haupt- und Lokalkasse 5957,79 M. Gesamtausgaben 2236,90 M. An die Zentrale wurden abgeandt 3273,51 M., mithin Bestand der Lokalkasse 447,38 M. Nach einer ausgiebigen Debatte über den Geschäftsbericht wurde die alte Vorstandschaft einstimmig wiedergewählt. Kollege Höcherlinger meldete nun noch einige Aufnahmen und konstatierte mit großer Freude, daß wir damit nun die Zahl 200 überschritten haben. Dies muß sämtliche Kollegen anspornen, durch energische Aufklärungs- und Agitationsarbeit das Erreichte auch hochzuhalten. Mit Vollstopp dem dritten Hundert entgegen.

Bezirksleiter Kollege Gengler sprach hierauf noch über den Berliner Kongreß und dessen Eindruck in der Öffentlichkeit, sowie über den Kölner Prozeß, der mit einer glänzenden Rechtfertigung der Führer der christlichen Gewerkschaften endete und das Lügengewebe sozialdemokratischer Verdrehungskünstler in eine empfindliche Niederlage für die Genossen verwandelte. Nachdem der Vorsitzende noch dem Referenten sowie allen Kollegen den Dank ausgesprochen hatte, wurde die anregend verlaufene Generalversammlung mit einem dreifachen Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband geschlossen.

Kollegen! Nun heißt es, an die Arbeit! Unsere Zahl muß noch weiter gestärkt werden! Keiner rechne sich mehr zu den Säuglingen, sondern mit flammender Begeisterung wollen wir alle an der Gewinnung neuer Kollegen und damit an der weiteren Stärkung unseres Verbandes arbeiten!

Eisen. (Elektromonteur und Hilfsmonteur.) Unsere Sektion hielt am 31. Januar im evangelischen Lebighaus ihre Generalversammlung ab. Aus dem vom Kollegen

Laukamp erstatteten Jahresbericht sei folgendes wiedergegeben. An Mitgliedern zählte die Sektion am 1. Januar 1913 81. Neuaufgenommen wurden 47. 42 Mitglieder reisten ab, traten aus, oder mußten gestrichen werden, so daß wir am 1. Januar 1914 86 Mitglieder zu verzeichnen hatten. Es wurden 25 Versammlungen und Sitzungen abgehalten, darunter 1 Versammlung für Lehrlinge und 1 öffentliche. Außerdem wurden anfangs des Jahres an 15 Abenden ein Fachkursus abgehalten, worüber wir schon im vorigen Jahre an dieser Stelle näher berichteten. In jeder Mitgliederversammlung wurde ein Vortrag gehalten und zwar abwechselnd ein Gewerkschafts- oder Fachvortrag. Die ersteren wurden von unseren Verbandsbeamten und die fachlichen Vorträge von einigen Mitgliedern der Sektion gehalten. Letztere behandelten u. a. Kalkulation und Kostenanschläge, Transformatoren, deren Wirkungs- und Schaltungsweise, Internationales Maßsystem unter besonderer Berücksichtigung der elektrischen Maßeinheiten. Das Ohm'sche Gesetz und seine Anwendung. Die Arbeitsleistung des elektrischen Stromes. Auch wurde im Versammlungslokal ein Fragekasten angebracht, worin Fragen gewerkschaftlicher wie beruflicher Art ohne Nennung des Namens abgeworfen werden konnten. Diese wurden dann in der Versammlung beantwortet. Manche lebhaft debattierte zeigte, wie sehr das Interesse an dieser Einrichtung vorhanden war.

Einige Kollegen machten auf Grund ihrer fachlichen Ausbildung, die sie in unserer Sektion erhalten hatten, die Meisterprüfung und bestanden sie auch erfolgreich. Diese Kollegen stehen mit im Vordergrund unserer Bewegung. Also es läßt sich viel erreichen, wenn alle Kollegen mitmachen.

Wenn auch der Besuch der Versammlungen noch sehr viel zu wünschen übrig ließe, so konnte man doch die Wahrnehmung machen, daß nach Einführung der Fachvorträge eine anhaltende Zunahme der Versammlungsbesucher zu verzeichnen gewesen ist. Trotz alledem gibt es noch Mitglieder, die das ganze Jahr hindurch keine Versammlung besuchen. Unter diesen gibt es manche, die bei Einführung des Tarifes, der bekanntlich seit Oktober 1912 besteht, durch die Organisation einen bedeutend höheren Lohn erhalten haben. Am 1. Oktober d. J. läuft obiger Tarif ab und mögen daher die säumigen Kollegen bedenken, daß sie die Schuld trifft, wenn unsere Wünsche dann nicht entsprechend berücksichtigt werden. Nur wenn alle Kollegen ihre Pflicht erfüllen, wird es möglich sein, unseren berechtigten Forderungen zum Siege zu verhelfen. Seht heißt es in erster Linie, die Mitgliederversammlungen regelmäßig besuchen und neue Mitglieder zu werben.

Hierauf hielt Kollege Grüne einen Vortrag über: „Die christliche Gewerkschaftsbewegung und welches Interesse haben die anderen Stände an der Erstarkung derselben.“

Nach dem Vortrag folgte eine allgemeine Aussprache über den Jahresbericht und den Vortrag ein. Besonders wurde betont, daß von jetzt ab eine schärfere Kontrolle über die Versammlungsbesucher Platz greifen mußte. Nur Krankheit oder dringende Arbeit könne vom Versammlungsbesuch entschuldigen.

Bei der darauf folgenden Vorstandswahl wurde der alte Vorstand zum Teil wiedergewählt, die übrigen nicht wieder gewählt wurden durch neue ersetzt.

Berufskollegen! Seien wir im Jahre 1914 ganze Gewerkschaftler. Der neue Vorstand wird alles daran setzen, den Kollegen in jeder Versammlung etwas interessantes zu bieten, besonders wird er sein Augenmerk auf die Weiterbildung der Kollegen richten. Sache eines jeden einzelnen ist es nun, sich diese zu nutz zu machen. Arbeitet jeder nach seiner Fähigkeit mit, dann hängt uns nicht für die Zukunft. Im ersten Quartal

b. J. müssen wir unsere Mitgliederzahl auf mindestens 100 bringen. Also, erfüllen wir unsere Pflicht.

Berichtigung

In dem Bericht aus Schw.-Omland in Nr. 7 Seite 42 muß es in der siebenten Zeile heißen: „Voll arbeitslos waren 19 Mitglieder, und zwar 1366 Tage.“

Briefkasten

Kollege G. W. Du hast recht. Tief zu bebauern ist es, daß man die Gruppe H. stets in Verbandsorganen unter denen finden muß, die mit der Abrechnung im Verzugs sind. Zu den obligatorischen Nachzüglern und Bummelanten zu zählen, ist kein Ruhmeszeichen. Bei nur einigem guten Willen ließe sich die Verwaltungsarbeit mit Leichtigkeit rechtzeitig erledigen. Der Zentralleitung würde dadurch Zeit und Geld erspart. Dies liegt im Interesse der Kollegen selbst. In H. und auch anderwärts, wo ähnliche Zustände vorherrschen, sollte dies endlich erkannt werden. Daß in Rückwirkung auf solche Zustände auch die agitatorische Tätigkeit der Gruppe eine schlechte ist, wundert uns nicht, auch darin stimmen wir Dir voll bei. Mit gelegentlichen guten Vorfällen ist keine Bewegung voranzubringen. Würden die Kollegen dort Zeit und Kraft nicht mit nutzlosem Spintisieren verbrauchen, statt dessen mit Energie und Ausdauer in die Verbandsarbeit eintreten, würde das Leben in der Gruppe und auch die Erfolge bald andere sein. „Durch die Tat beweisen“, sollte die Parole sein. Es scheint fast, daß das in einem Bericht in Nr. 4 Gesagte, zum größten Teil auch auf H. zutrifft. Unbestreitbar hätten alle Kollegen Anlaß, an Hand dieses Berichtes auch eine Gewissensforschung vorzunehmen. Dies mögen aber auch noch andere Gruppen beherzigen.

Sungdeutschland. Unseres Wissens hat der Bürgermeister kein Recht, für den Stempel eine Bezahlung zu verlangen.

Nach Voelke-Hagen. Wie oft müssen wir wiederholen, daß zum Versammlungshalender notwendig sind 1. Ort, 2. Tag, 3. Stunde, 4. Lokal. Unsere Kollegen müssen sich diese vier Punkte gut merken, dann werden viele unangenehme Verzögerungen vermieden.

Sterbetafel

Danzig. Am 12. Februar 1914 starb unser Kollege Johann Hettling im Alter von 55 Jahren an Magenkrebs.

Wasseralfingen. Unser lieber Kollege Johannes Halle starb am 10. Februar im Alter von 45 Jahren an Lungenerkrankung.

Bodenwöhr. Am 26. Januar verschied unser treuer Kollege Karl Enhuber, Modellschreiner, nach kurzem, schwerem Leiden infolge von Gichtleiden. Er war Gründungsmitglied des Berg-, Hütten- und Salinenverbandes.

Döber. Am 31. Januar starb unser treuer Kollege Pauls Bruns im Alter von 64 Jahren infolge eines Schlaganfalles.

Karlsruhe. Unser lieber Kollege Schwester Schneider starb im Alter von 58 Jahren an Nierenleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne Grund keine Versammlung! Samstag, den 21. Februar.

Caustadt. Abends 8,30 Uhr im evang. Vereinshaus, Krahnstraße.

Dortmund 1. Abends 9 Uhr bei Kroll, Körnerplatz. Dortmund 2. Nachmittags 2 Uhr im Kaiserhof. Essen. Abends 8,30 Uhr im „Weimarischen Hof.“ Köln-Stadt. Bauhäusler, Versammlung fällt aus. Köln-Denz. Abends 8,30 Uhr „zur Krone“, Freiheitstr. 19. Solingen. Abends 9 Uhr bei Berghoff.

Sonntag, den 22. Februar.

Dortmund-Annen. Vormittags 11 Uhr bei Langmann. Düsseldorf-Oberbilk. 11 Uhr bei Mölges, Ellerstraße 183. Düsseldorf-Unterrath. 11 Uhr bei Krenker, Körtentstraße. Essen-Bergedorf. Abends 8 Uhr bei Knepper. Rees. 11 Uhr bei Floh, Niederstraße. Gütersloh. Nachmittags 2 Uhr bei Billig Generalversammlung. Riemke. Morgens 11 Uhr bei Pirmpet.

Donnerstag, den 26. Februar.

Dortmund 1 und 2. Abends 8,30 Uhr im goldenen Löwen gemeinsame Vertrauensmännerversammlung.

Freitag, den 27. Februar.

Dortmund (Elektromonteur). Abends 8,30 Uhr im goldenen Löwen, 1. Kampstr.

Sonntag, den 28. Februar.

Berlin. Abends 8,30 Uhr in Schulz Festhalle, am Königsgraben 2. Bielefeld. Sektion. Abends 8,15 Uhr im kath. Gefellenhaus, Heegerstraße 2. Vortrag des Kollegen Hartwig: „Organisatorische und persönliche Grundzüge und ihre Bedeutung.“ Duisburg-Neudorf. Abends 8,30 Uhr bei Schürds, Döhr. Duisburg-Mainkeimerort. Abends 8,30 Uhr bei Kappeler, Fischerstraße. Karlsruhe. Abends 8,30 Uhr im Fahrweggarten, Herrenstraße. Oberhausen. Abends 8,30 Uhr bei Kemmerling. Ratingen. 9 Uhr bei Kästen, Dehmerstraße. Barmen-Kirchhof. Abends 8,30 Uhr bei Kapper, Artillerie.

Sonntag, den 1. März.

Düsseldorf-Drüsenwallung. 11 Uhr gemeinsame Mitgliederversammlung, Paulusplatz, Luffenstraße 2-3. Essen-Heilingshausen. Morgens 11 Uhr bei Schurr. Freiburg. Abends 8,30 Uhr im Sauerbrunn (Schiff). Goppingen. Vormittags 10,30 Uhr in der „Germania“. Hamborn-Neerloh. Nachmittags 2,30 Uhr im Kriegerhaus, Disterweg. Ref.: Kartellreferent Kollege Hahn.

Heidenheim. Vormittags 10,30 Uhr in der „Harmonie“. Hückeswagen. Morgens 10,30 Uhr bei Weber. Karlsruhe-Daglunden. Nachmittags 3,30 Uhr, im Gasthaus „Zum Hirsch.“ Würzburg. Nachmittags 3,15 zum „Wdler“ in Forheim.

Adressen

Allen nach Eilenburg zureisenden Kollegen diene zur Nachricht, daß sich unser Verkehrslokal im Restaurant Rich. Krotke, Steinstraße 5, befindet. Alle Anfragen über die Arbeitsverhältnisse und alle Schreiben sind an den Kollegen Rudolf Jensch, Bergstraße 56, zu richten.

Saarbrücken. Unser Büro befindet sich jetzt im neuerbauten Gewerkschaftshaus, Saarbrücken II, St. Johannerstr. 49, Telefon 1530.

Herren-Garderoben. erhalten Sie sehr preiswert vom Garderoben-Verlандаhaus b. Spielmann. München, Dachauerstraße 4. Frühjahrs-Valentins und Winter von 10 bis 15 M. Sacco-Anzüge 1- und 2-reihig von 12 bis 18 M. Joppen, Hosen, Weiterfragen etc. etc. Hier nicht angeführtes im Katalog. Verlangen Sie ohne Verbindlichkeit unser Pracht-Katalog II gratis und frei für nichtkuponverwendende Waren erhalten Sie Geld retour.

Teilzahlung Uhren u. Goldwaren. Photo-, optische Artikel, Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Spielwaren, Zithern H. S. W. Katalog gratis und franco liefern. Jonass & Co. BERLIN A. 741. ! Kollegen ! Agitiert für den Verband.

Salem Aleikum Salem Gold Cigaretten. Preis No 3 4 5 6 8 10 3 4 5 6 8 10 Pfg. d. Stck. Trustfrei! Oriental Tabak u. Cigaretten-Fabrik, Venidze, Dresden. Inh. Hugo Lietz, Königs v. Sachsen.

Ganz vorzüglich und speziell für kurze Pfeifen sind die berühmten Sorten Knirps-Krüll. Heberall käuflich! Oldenfort - Rees am Rhein.